

Überbeter Volksbote

Organ für die Interessen der wertfälligen Bevölkerung

Der „Überbeter Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebenstellige Poststelle oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 800 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 61.

Montag, den 14. März 1921.

28. Jahrgang.

Dr. Simons' Rechenschaftsbericht.

Die Zustimmung des Reichstags.

Mit 268 gegen 49 Stimmen hat der Reichstag gebilligt, daß die Reichsregierung die Ablehnung der Pariser Bedingungen in London der Unterwerfung unter die unerfüllbaren Forderungen vorgezogen hat. Eigentlich war es eine einstimmige Entscheidung; denn auch die Anträge der USR und Kommunisten enthielten weder ein Bekenntnis zu den Forderungen der Entente, noch auch nur eine Mißbilligung des Verhaltens der deutschen Delegation in London. Der Antrag der Unabhängigen sprach ausdrücklich von unerfüllbaren Forderungen und bezeichnete die Sanktionen als Gewaltmaßregeln. Wenn die beiden linksradikalen Parteien für den Antrag, den Dr. Simons als für die Regierung annehmbar bezeichnet hatte, nicht gestimmt haben, so nur deswegen, weil sie ihrer grundsätzlichen Opposition Ausdruck geben wollten. Viel Neues brachte der Außenminister, der ein ehrlicher Mann ist, nicht vor. Als bemerkenswert geschicklich und klug ist seine Rechtfertigung für seine Erklärungen über die deutsche Schuldfrage hervorzuheben. Im übrigen ließ er mit Recht die Wege zu neuen Verhandlungen offen und betonte, trotz des Vertragsbruches der Gegner sich mit Einverständnis der Regierung weiter an den Versailler Friedensvertrag halten zu wollen. Teilnahmslos hörte ihn die deutsche Volkspartei an. Die Deutschnationalen räumten, und Herr Helfferich zischte und fauchte vor Zorn. Der Außenminister weiß, daß er nicht nur mit der Entente, sondern auch mit mächtigen Gegnern im Inlande zu rechnen hat. Genosse Weiss kritisierte vor allem die Unterlassungsfälle, die darin lagen, daß man den Wiederaufbau Nordfrankreichs durch deutsche Arbeitskräfte nicht von vornherein mit aller Macht in den Mittelpunkt unserer Vorschläge gestellt habe. Er rechnete kräftig mit den rationalistischen Kriegstreibern von rechts ab und erklärte das Einverständnis seiner Fraktion mit der Verweigerung der deutschen Unterschrift. Graf Westarp reagierte mit Fensterstößenpolitik. Wie stark die Reichsregierung und die Deutschnationalen trotz ihrer tönenenden Worte in den Fragen der auswärtigen Politik von der Sozialdemokratie sich beeinflussen zu lassen gezwungen sind, zeigt ein wenig beachteter Vorgang während der Sitzung am Sonnabend. Die Regierungsparteien hatten einen Antrag eingebracht, der sich anhörte wie aktive Resistenz gegen die Entente und wie ein Verharren in dem jetzigen verhandlungslosen Zustand. Unsere Fraktion ließ die Regierungsparteien sofort wissen, daß sie einem solchen Antrag nicht zustimmen könne. Wenige Minuten später war die Entscheidung nach den Wünschen unserer Partei geändert, und siehe da, am Ende stimmte auch die Deutschnationale Volkspartei für die unter dem sozialdemokratischen Einfluß entstandene Entscheidung. Von den Unabhängigen forderte Breitscheid ein Provisorium und der Kommunist Dr. Levi leistete sich den Spaß, die deutsche Sozialdemokratie für die Schuld am Weltkriege verantwortlich zu machen.

Berlin, 12 März.

82. Sitzung.

Das Haus ist gut besucht, die Tribünen überfüllt. In der Diplomatenloge wohnen zahlreiche Vertreter fremder Staaten den Verhandlungen bei.

Als einziger Punkt steht auf der Tagesordnung die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung über die Verhandlungen in London.

Reichsminister Dr. Simons.

Die Erklärung, die ich namens der Reichsregierung abzugeben habe, wird sich darstellen als ein Rechenschaftsbericht der deutschen Delegation über ihre Tätigkeit auf der Konferenz in London und als eine Mitteilung über die Wünsche, die die deutsche Regierung angeht die Ergebnisse der Londoner Konferenz hat. Der Minister erörtert die Hindernisse, die sich durch die Pariser Konferenz der Londoner entgegenstellten hatten und betonte auch die vergeblichen Versuche der Sachverständigen in Brüssel, dem Reparationsproblem näher zu kommen. Die Arbeit der Sachverständigen und Wirtschaftsexperten, die der Völkerbund zusammengezogen hatte, wurde dadurch erschwert, daß Frankreich sich jeder Hineinziehung der Reparationsfrage in ihre Verhandlungen widersetzte. Die Sachverständigen der Alliierten und Deutschlands hatten zusammen, doch wurden die Beratungen nicht zu Ende geführt, weil die Sachverständigen der Alliierten, ehe die sämtlichen Probleme erörtert waren, und ehe die beschlossenen Einzelverhandlungen der Wirtschaftsexperten stattfanden, zu einem gemeinsamen Bericht an ihre Regierungen gekommen sind, der unseren Sachverständigen nicht zur Gegenprüfung hat übermitteln werden können. Dieser Bericht ist nicht einmal zu unserer offiziellen Kenntnis gelangt. (Hört, hört!) Die Vorberatungen zur Londoner Konferenz werden von Simons ebenfalls eingehend erörtert, wobei der Minister die Schwierigkeit betont, die der Fassung von Gegenanträgen an die Alliierten entgegenstanden. Die Verhandlungen waren es der deutschen Regierung nach dem Friedensvertrag freistand, einen Gegenantrag zu machen, was abgelehnt, aber stillschweigend verlängert worden. Es ist der deutschen Regierung im Ja- und Zustande der Vorwürfe gemacht wor-

den, daß sie von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht habe. Bestimmte Vorschläge der deutschen Regierung in bezug auf das Reparationsproblem waren so lange außerordentlich schwierig oder fast unmöglich, solange der Umfang der deutschen Wirtschaft, schon in rein territorialer Beziehung, aufs Ungewisse gestellt war, wie es ja durch den Friedensvertrag geschehen war. Die eigentümlichen Verhältnisse des Saargebietes und des Rheinlandes spielten dabei eine Rolle, vor allen Dingen aber der Schlesien. Oberschlesien ist und bleibt für Deutschland eine Lebensfrage. Die deutsche Wirtschaftskraft hängt für die Zukunft davon ab, ob die Industrie und Produktion Oberschlesiens bei Deutschland bleibt oder nicht. In dem Grade, wie durch den Versailler Friedensvertrag unsere Wirtschaftskraft sich verringert, in dem Umfange steigt natürlich auch die Bedeutung der ober-schlesischen Werte. Deshalb hat auch bei den Londoner Verhandlungen Oberschlesien eine fast überragende Rolle gespielt. Das Salutarste war mitbestimmend. Diese Frage kann nicht von einer Nation gelöst werden, sondern nur in einmütiger Zusammenarbeit aller Völker. Ein weiterer Punkt war der, daß auf Grund des Versailler Friedensvertrages der deutsche Handel nach den verschiedensten Richtungen hin gehemmt und gefesselt war. Wenn wir uns nun trotzdem entschlossen haben, schon jetzt mit Gegenvorschlägen hervorzutreten, so waren wir uns ganz klar, daß hier schließlich politische Gesichtspunkte den Ausschlag geben mußten. Die Sachverständigen haben über politische Vorschläge der Reihe nach einen Meinungsaustausch herbeigeführt. Keiner der Vorschläge war imstande, eine überwältigende Mehrheit der Sachverständigen zu gewinnen. Ich erkläre, daß keiner der beteiligten Sachverständigen verantwortlich ist für die Höhe der Vorschläge, die wir nachher gemacht haben. (Hört, hört! rechts.) Die Gegenanträge sind gemacht worden aus politischen Gründen, allerdings nach Anhörung sehr tüchtiger und erfahrener Männer und nach sorgfältiger Prüfung, aber nicht auf Grund eines Mehrheitsbeschlusses der Sachverständigen, sondern auf Grund der Verantwortlichkeit der Regierung selbst (Hört, hört!), und zwar auf Grund meiner persönlichen Verantwortung. Wir mußten alles zusammenzählen, was wir geleistet haben und was nach dem Friedensvertrage als Reparationskonto anzurechnen war. Die Reparationskommission dagegen stützte sich auf Bestimmungen, wonach eine ganze Anzahl unserer Leistungen in Fortfall kam, und rechnete andererseits Okkupationskosten und Kosten für Lebensmittelbeschaffungen hinzu. Von vornherein haben wir keinen Zweifel darüber gelassen, daß die von uns gebotene Summe von 50 Milliarden unter Abzug der 20 Milliarden bereits erfolgter Leistungen das Neueste sei, was Deutschland nach der Auffassung der Sachverständigen bieten konnte. Daneben war es natürlich auch klar, daß wir die 30 Milliarden nicht auf einmal auf den Tisch legen konnten. Kein Mensch kann in der ganzen Welt diese Summe zusammenbringen. 5 Prozent war der äußerste Zinssatz, den wir mit gutem Gewissen anbieten konnten. Wie schaffen wir nun die große Summe, auf die die Gegner unbedingt kommen wollen? Auf der einen Seite haben die Gegner selbst zugegeben, daß die deutsche Wirtschaft erst einer Schonzeit bedarf. Von der Gegenseite ist unser Angebot als eine Utopie bezeichnet worden angesichts des außerordentlichen Geldbedarfs der Welt, insbesondere Frankreichs. Man versteht eben vielfach, worauf die Geldknappheit beruht. Die Geldknappheit ist nicht nur zu danken der Unterbrechung der normalen Beziehungen des Handelsverkehrs, nicht nur dem Rücklauf aller Wirtschaft der Länder, sie ist auch außerordentlich zu danken der Flucht des Kapitals und der unerhörten Steuerlast in allen Ländern. (Sehr wahr! rechts.) Deshalb haben wir den Ausweg einer Anleihe gewählt, die die Steuerfreiheit genießen sollte in den Ländern, wo sie aufstiegen sollte. Wir hatten unsere Vorschläge so ausgebaut, daß wir neben der Anleihe von acht Milliarden, neben deren Verzinsung bei günstigen Bedingungen zu 5 Prozent, noch eine Jahresrate von einer Milliarde Goldmark für die ersten fünf Jahre anbieten. Mehr glauben wir nicht anbieten zu können. Ich dachte darauf aufmerksam, daß alle die Vorschläge davon ausgehen, daß unsere Wirtschaft nicht in der Lage ist, auf normale Wege eine wesentlich höhere Summe herauszuarbeiten, als zwischen 1 und 1 1/2 Milliarden Goldmark. Darauf sind unsere Vorschläge abgestellt gewesen.

Nun hatten wir aber in Berlin von der Regierung eine weitere Vollmacht erhalten. Sie wissen, daß in Paris neben dem festen Annullat noch eine variable Leistung von 12 Prozent des festen auf unsere gesamte Ausgabe verlangt war. Diese Form des variablen Faktors mußten wir ablehnen, weil sie widersinnig war, wohl aber waren wir uns bewußt, daß die Gegner immer wieder verlangen würden, an einer Verringerung der deutschen Wirtschaft teilzunehmen. Wir hatten uns mit diesem Grundgedanken einverstanden erklärt und schlugen eine wirklich brauchbare Beteiligung an der deutschen Wirtschaft vor. Wir hatten mit unserem Gegenantrag die Jahre vom 1. Mai 1926 an schon mit großen Leistungen belastet, die über die Leistungen der ersten fünf Jahre weit hinausgingen. Die Gegenseite wußte, daß wir bereit waren, auf den Gedanken eines Verringerungsheimes einzugehen. Wenn wir das aber gleich gesagt hätten, so wäre der Verringerungsheime nur hineingefallen in das große Verdammungsurteil, das gleich bei Beginn über unsere Gegenanträge ausgesprochen worden ist, und wir hätten keine Möglichkeit gehabt, mit diesem neuen Vorschlag neue Verhandlungen anzubahnen.

Bei der Beurteilung des Ergebnisses möchte ich voraus, daß die Delegation von der Regierung die Stellung hatte, nicht in wichtigen und entscheidenden Punkten von den Alliierten, die die Delegation mitbestimmen sollte, abzuweichen, ohne vorher die Bewilligung der Reichsregierung eingeholt zu haben. Wir haben unseren Vorschlag nur gemacht, wie er Ihnen aus dem Weisbuch bekannt geworden ist, das das Auswärtige Amt hat verteilen lassen. Selber ist in der Reichsdrucker ein Versehen passiert. In dem Teile der Rede von Lloyd George in dem Teile meiner Rede hineingeraten sind und umgekehrt (Helfferich), so daß die Reden in ihrem Sinne vollständig umgekehrt sind. Wir mußten uns

dessen den Druck nochmals zurückziehen und eine Verbesserung vornehmen. Ich hätte gern das Weisbuch ausgestattet mit weiteren Mitteilungen über die Verhandlungen, die inoffiziell geführt worden sind; aber daran hindert mich ein Versprechen, das ich der Gegenseite geben mußte. Wir mußten uns verpflichten, über die Verhandlungen nur dann zu berichten, wenn sie Erfolg haben würden. Da sie nicht zum Erfolg geführt haben, sind und bleiben sie vertraulich. Wir werden unser Versprechen halten müssen, unbedeutend dadurch, daß die Vertraulichkeit auf der anderen Seite nicht immer gewahrt worden ist. Unser Gegenantrag rief auf der Gegenseite so große Entrüstung hervor, daß es mir Mühe gemacht hat, meine Begründungsrede zu Ende zu bringen. Ich habe meine Rede abkürzen müssen, gegenüber den lebhaften Zeichen der Entrüstung auf der Gegenseite. (Hört, hört!) Die Antwort, die der Premierminister Englands uns gab, war auch aus dieser Stimmung zu verstehen. Herr Lloyd George hat zunächst die Schuldfrage aufgerollt und die ganze Antwort gerundet auf die alleinige Verantwortlichkeit Deutschlands am Kriege. Er hat dann die Belastungsfrage besprochen und gesagt, daß die Deutschen an Steuern zu wenig bezahlen. Simons geht weiter auf die Zwischenverhandlungen von Delegationsmitgliedern ein, die sich auf die Verkürzung der Zahlungsfrist von 42 auf 30 Jahre bezogen, aber die Bedingungen seien für Deutschland unannehmbar gewesen. Wir sollten jährlich drei Milliarden Goldmark während der 30 Jahre zahlen und darüber hinaus sollte der variable Faktor so sehr erhöht werden, daß er dem Gesamtwert der Pariser Forderungen nahekommen wäre. Einer solchen Erhöhung des variablen Faktors konnte von deutscher Seite ebenso wenig zugestimmt werden, wie wir uns der Notwendigkeit ausweichen konnten, für jedes der folgenden Jahre drei Milliarden Goldmark fest zu versprechen, weil wir dann gleich im Anfang dahinter zurückbleiben und uns der Gefahr neuer Sanktionen aussetzen würden. Außerdem war die Lösung auch darum unmöglich, weil alle unsere Voraussetzungen, die Frage Oberschlesiens, der freie deutsche Handel von der Gegenseite abgelehnt wurden. Ich stelle damit den Gedanken des technischen Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete in den Vordergrund. Über die Franzosen hatten sich eingehend, wir wollten den Wiederaufbau so durchführen, daß wir große deutsche Arbeiterkolonien nach Frankreich brächten, die dann jahrelang mit Weib und Kind dort verweilten und allmählich Frankreich mit deutschen Siedlungen besetzten. Davon hatten sie ganz außerordentliche Scheu. Dazu kam die Furcht des französischen Unternehmers vor der deutschen Konkurrenz. (Hört, hört!) Die französischen Unternehmer haben große Sorge, daß, wenn sich die Deutschen am Wiederaufbau beteiligen, ihnen Gewinne entgehen könnten. Wir haben es uns dann angelezen sein lassen, nach Wegen zu suchen, die der deutschen Arbeiterkraft ermöglichenden sollten, ihre Tätigkeit für das Reparationsproblem auf deutschem Boden zu gestalten. Diese Probleme habe ich dem Gegner in vertraulichen Besprechungen vorgeführt und vielfach festgesetzt, daß man ihm Interesse entgegenbrachte. Allerdings hat einer der Delegierten Frankreichs, den ich als einen Hauptgegner der Verständigung bezeichnen muß, diesen Plan als theoretisch abtun zu können gelehrt. Er ist nicht theoretisch, er ist in Angriff genommen und wird in Kürze in größerem Umfange durchgeführt werden können. Die Pläne sind nicht bloß für Frankreich gemacht worden, sondern um einen eigenen großen Wiederaufbau durchzuführen. Wir werden Frankreich an dem teilnehmen lassen, was wir für uns selbst geplant haben. Dieser Gedanke des Wiederaufbaues muß auch künftig unter uns in den Mittelpunkt der Verständigungsarbeit gestellt werden. Es muß hier mehr und mehr Verständigung erzielt werden über die Methode und auch über die Arbeitsleistung.

Aber auch dieser Vorschlag hat zu einer Einigung nicht geführt, weil wir den Gegnern nicht dasjenige bieten konnten, was sie ermarreten: eine große finanzielle Hilfe. Das ungeheure Finanzproblem der Reparation kann überhaupt nicht von einer einzelnen Nation gelöst werden. Nach dem Scheitern dieser verheißenen Versuche haben wir dann das Provisorium veranlaßt. In diesem Punkt bewies man uns zunächst auch Entgegenkommen. Wenn aber Lloyd George jetzt sagt: Kein Staatsmann in irgendeinem alliierten Land hätte ein solches Provisorium für denkbar gehalten, so widerspricht das der tatsächlichen Haltung der französischen und englischen Regierung gegenüber der deutschen. Es ist völlig ausgeschlossen, daß Deutschland in den ersten fünf Jahren je 3 Milliarden Goldmark zahlt! Auch diesen Vorschlag konnten und durften wir nur machen, wenn wir eine Anleihe aufnehmen konnten. Aber auch das war bei den Gegnern nicht durchzuführen. Wir haben es deshalb zuletzt für unsere Pflicht gehalten, auch nach den letzten Versuch zu suchen, uns mit dem Gegner auf einem Wege der Verständigung zu begegnen und haben die Pariser Vorschläge zur Grundlage gemacht. Auf die 12prozentige Auszahlungsbasis konnten wir uns aber nicht einlassen. Eine Gefahr lag darin, daß die Alliierten keinen Zweifel gelassen haben, daß sie nicht gewillt waren, das Risiko eine Anleihe für 8 Milliarden Goldmark zu übernehmen. Nach sehr reichlicher Überlegung, bei der unsere Finanzsachverständigen ausführlich gehört worden sind, haben wir uns zu diesem Gegenangebot entschlossen. Inzwischen war uns aber von der deutschen Regierung mitgeteilt worden, daß sie neue Gegenanträge vorzubereiten für möglich hielt und vorbereiten würde. Wir hatten infolgedessen den Auftrag, für diese neuen Gegenanträge eine Vertagung der Konferenz zu beantragen und gleichzeitig in unsern letzten Gegenanträgen das Risiko der Anleihe nicht zu übernehmen. Diese Vertagung habe ich nicht einhalten können. Ich habe daher die schwere Verantwortung übernommen, in diesen Punkten über die Stellung der Regierung hinauszuweisen. Die Regierung hat mir für diese Überbreitung ihrer Beschlüsse ihre Zustimmung gegeben. Insofern haben Sie mich ermächtigt, vor dem Reichstag zu erklären, daß die Regierung dieses Verhalten der Delegation vor der Londoner Konferenz gebilligt hat. Unser schwerwiegender Vorschlag ist nur als ein

Unterliegen des Friedensvertrages bezeichnet worden. Das eine will ich hier sagen. Wenn man in London mit diesen Herren... (Text continues with political commentary on the peace treaty negotiations and the role of various nations and political figures like Lloyd George and Wilson.)

Welche Haltung hat nun in Zukunft die Regierung einzunehmen? Am nächsten liegt es ja eigentlich, den Friedensvertrag... (Text discusses the government's stance on the peace treaty, the role of the Reichstag, and the political situation in Germany.)

Die Ansprache.

Trimborn (Z.) gibt im Namen der Koalitionsparteien eine Erklärung ab, in der es unter anderem heißt: Die in Paris... (Text is a formal declaration from the coalition parties regarding the peace treaty and the future of Germany.)

Die Antwort der Sozialdemokratie.

Wels (Soz.): Wir sind erstarrt über den unpolitischen Geist, der aus der Erklärung des Vorredners spricht, daß man... (Text is a response from the Social Democrats, criticizing the political stance of the coalition and expressing their own views on the peace treaty.)

waren, 228 Milliarden Mark, und man kann sagen, daß in Deutschland fast alles Eigentum gegen Feuer versichert ist. Wenn also ein Feuer ausbricht über Deutschland dahingeraht wäre, und in Stadt und Dorf alle Häuser, alles Vieh und alles bewegliche Gut bis auf das letzte zerstört hätte, dann wäre jener Betrag herausgekommen, den man jetzt von uns verlangt. Es besteht der begründete Verdacht, daß die Londoner Konferenz von vornherein auf die Ablehnung unserer Vorschläge ausgegangen war. Unsere Delegation konnte nichts erreichen bei einer solchen ablehnenden Selbstlosigkeit. Bedauern können wir nur, daß die Vorschläge nicht klar und bestimmt genug formuliert waren. Warum hat die Delegation keinen Plan zum Wiederaufbau vorgelegt? Der Wiederaufbau Nordfrankreichs mußte das Kernstück der ganzen Verhandlungen bilden. Wir haben diesen Standpunkt stets verteidigt und ich sehr erfreut, daß die bürgerlichen Parteien und der Außenminister sich jetzt auch auf unsern Standpunkt stellen. Ich möchte wissen, welche Einflüsse sich geltend gemacht haben, daß im entscheidenden Stadium die Wiederaufbaufrage von unserer Regierung als bloße Finanzfrage behandelt ist. Aus dem Angebot des Woodforums machen wir der Delegation keinen Vorwurf. Um einen Plan für den Wiederaufbau hätten sich auch die Ententeapitalisten, selbst Voltaire nicht herumdrücken können. Die Arbeiterschaft der betreffenden Länder hätte dafür gesorgt, daß unsere deutschen Vorschläge die nötige Stütze bekommen hätten. Auf daselbe Schuldkonto wie die Unterlassung jeder Frage, gehört das Versagen der Regierung in der Frage der Entschädigung. Durch die Forderung immer neuer Rationen und Waffen ist das Gerücht von dem revanchistischen Deutschland entstanden. Das ist Unfug! (Zuruf des Abgeordneten Hefflerich: Na also!) Wenn Sie „Na also“ rufen, Herr Hefflerich, so stelle ich fest, daß bei dem überwiegenden Teil des deutschen Volkes eine Revanchebestrebungen bestehen, daß es aber einzelne verbrecherische Menschen gibt, die wieder gern das Blut der andern verleben möchten. Durch die Handlung dieser verbrecherischen Wesen wird es Frankreich immer wieder möglich, auch in England seinen Einfluß durchzusetzen. Auch das Verhalten des Reiches in der Beurteilung der Kriegsverbrechen wirkt in dieser Richtung. Die Verhandlungen in London sind nach unserer Meinung nur ein Übergangsstadium zu weiteren Verständigungen. Wenn die extrem nationalistischen Kreise von der Reichsregierung den Abruch der diplomatischen Beziehungen zur Entente fordern, so erwarten wir, daß sie eine solche sinnlose Maßregel ablehnen. Die „Deutsche Zeitung“ fordert, der Regierung ein Gehör zu verweigern und daß keine Hand in Deutschland sich mehr für die Entente rühren dürfe. Das sind dieselben Kreise, die Deutschland ins Verderben gestürzt haben, dieselben Leute, die 1914 jubelnd ausriefen: „Endlich ist sie da, die heilige Stunde!“ Das sind die Männer von der Vaterlandspartei, deren Führer Hefflerich alle Kriegsschuld den Feinden aufbürden wollte. Jetzt wird uns die Rechnung dafür präsentiert. (Große Unruhe rechts.) Denken Sie Freunde (nach rechts) jetzt noch daran, Wilhelm II. die Tausende von Millionen nachzuwerfen? (Zuruf rechts: Unrechtmäßig! Lauter Reaktionen!) Machen Sie nicht so lächerliche Verworfungen. Wir haben das mit uns getriebene Spiel satt. Mit sentimentalen Phrasen tun wir nichts; denn wir müssen so unglücklich sein, wie wir wollen, so geht heute noch Nacht vor Nacht. Alle Nacht aber ist auf Seiten unserer Feinde. (Zuruf rechts: Sie haben unsere Macht zerbrochen!) Deutschland muß sich trotz seiner vergangenen glänzenden Militärführerschaft mit den Tatsachen abfinden. In London haben die französischen Reichspolitiker gesagt. Die Sanctionen sind Tatsache und wir dürfen sie nicht vom Standpunkt der Stuppe aus ablehnen. Die Sanctionen haben in dem besetzten Rheinland katastrophale Folgen, vor allem eine riesige Arbeitslosigkeit. Die Abschaffung des Rheinvertrages steht durchaus auf der Karte der französischen Politik. Auch Süddeutschland will man mürbe machen, um es auf immer vom deutschen Reich zu trennen. Die Arbeiterschaft muß demgegenüber das Element des Zusammenhaltens des Reiches bilden. Es gibt in Deutschland Leute, die noch keine Not leiden. So brachte die „Times“ die Nachricht, daß Siemens die Hüttenwerke von Casselane für 875 Millionen Mark gekauft habe. Lloyd George hat die wichtigste indirekte Steuer, die Kohlensteuer, gar nicht in Rechnung gestellt. Unter Konsum gegenüber dem Frieden ist ungewisser gelunken, bei Wehl allein um ein Drittel der Reichskonsum betrug noch nicht zwei Fünftel der Friedenszeit. Unser guter Wille kann gar nicht bestritten werden. Wir wissen, daß alle Völker unter den Kriegslasten leiden, namentlich auch das französische. Wir wollen ausbauen, wir wollen einen Frieden der Arbeit. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Grav Westarp (Df.): Der Versailler Vertrag ist eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Der Vertrag von Versailles ist dadurch gerissen und vom Feind selbst aufgehoben worden. Es ist Aufgabe des deutschen Außenministers, dem Feind seinen Freiheits für jede Verletzung des Vertrages und für jeden Angriff auf deutsches Gebiet zu geben. Der Abg. Wels hat sich zum Anwalt der Gegner gemacht, wenn er deren Verhalten erklärlich findet angesichts des deutschen Verhaltens in der Entwaffnungsfrage. Ich bestritte, daß wir irgendwelchen Anlaß zu den Strafmaßnahmen gegeben haben. Wir billigen ohne Rückhalt, daß in London die Pariser Forderungen nicht unterschrieben worden sind. Wir begreifen den Abruch der Verhandlungen deshalb, weil dadurch unsere vorliegenden Angebote hinfällig geworden sind. Wenn wir dem Antrag der Koalitionsparteien zustimmen, möchten wir nicht den Eindruck auskommen lassen, als ob darin ein Vertrauensvotum für den Außenminister läge. Der Abg. Wels denkt an den Völkerverbund. Wir lehnen diesen Richter als besungen ab. (Beifall rechts.) Wir müssen verlangen, daß jetzt keine Vorkasse mehr für die Bekleidungsstruppen bezahlt werden. Die moralische Verantwortung für den Krieg trägt Deutschland überhaupt nicht. Das hätte Dr. Simons in London aussprechen müssen. Das Recht ist auf unserer Seite, leider steht nicht mehr die Macht dahinter. Verlangen uns alle Mittel, auf die wir uns stützen können und muß man das Schauspiel über sich ergehen lassen, daß wie es heute Abg. Wels getan hat, ein Volksgewissen den andern beschimpft, so könnte man verwechseln, wenn wir nicht die Hoffnung hätten, daß es uns doch gelingen wird, das deutsche Volk zu helfen von der „internationalen Interessensolidarität“.

Inzwischen ist von den Vertretern der bürgerlichen Parteien eine Entschädigung eingegangen, die die eingebrachte Entschädigung wie folgt ändert: Der Reichstag billigt, daß die Reichsregierung die Ablehnung der Pariser Bedingungen in London der Unterwerfung unter die unersüßbaren Forderungen vorgezogen hat.

Die Unabhängigen haben hinsichtlich einen Antrag eingebracht, wonach der Reichstag möglichst, daß die Regierung durch ungenügende Durchführung des Vertrages von Versailles sowie durch mangelhafte Vorbereitung und Führung der Londoner Verhandlungen Veranlassung für die Geltendmachung unersüßbarer Forderungen und für die als Sanktionen bezeichneten Gewaltmaßnahmen gegeben hat und damit zum Scheitern der Verhandlungen beigetragen habe. Der Reichstag spricht jedoch die Erwartung aus, daß die Regierung jede Gelegenheit zur Wiederaufnahme der Ausgleichsverhandlungen ergreifen wird.

Abg. Breitfeld (Ue.): (Die Deutschnationalen verlassen den Saal.) Es wird in den Verhandlungen nur bestritten, wenn die Deutschnationalen sich entfernen. Es würde unserer Ansicht nach im Auslande überhaupt nicht gehen, wenn die Herren in diesem Saal nicht mehr erschienen. Da die Instruktionen aus Berlin ungenügend waren, hat der Minister auf eigene Faust handeln müssen. Redner protestiert dagegen, daß seine Partei von den Verhandlungen bewahrt hergehalten worden sei und verlangt für sie das gleiche Recht wie für die anderen Parteien. Die Sachverständigen auf der Konferenz seien Vertreter des Großkapitals und der Großindustrie. Daneben einige wenige Arbeiter als Konzeptionsräte. Das Ziel war, möglichst wenig oder gar nichts zu

bezahlen und deshalb glaube die Entente an unseren bösen Willen. Unserer Ansicht nach, hat der Minister Simons nicht die nötige Beweglichkeit besessen. Der Minister stand nämlich unter dem Einfluß des Herrn Stines, auch wenn er nicht als bester „junger Mann“ angesehen werden wollte. Wir verlangen sofortige neue Verhandlungen, aber nicht mit dieser Regierung, zu der kein Vertrauen besteht. Nur eine Arbeiterregierung wäre etwas Besseres erzielbar.

Reichsminister Dr. Simons: Der Abg. Breitfeld hat auf meine süddeutsche Reise hingewiesen und sie als eine Agitationsschrei bezeichnet. Ich möchte das doch ganz entschieden bestritten. Wie mich als Agitator faßt, der ist betrogen. Ich habe nicht etwa bloß Reden gehalten, sondern ich habe dringende Konferenzen mit den Ministern abgehalten und mich in den verschiedenen Kreisen informiert. Es scheint mir wichtig, das hier noch einmal festzustellen, weil der Abg. Breitfeld damit in dieselbe Reihe hat, wie die Gegner, die ich in London vor mir hatte. Redner polemisiert dann gegen die Auffassung des Abg. Westarp, daß er in London die deutschen Interessen preisgegeben habe. Er habe nur größere Schäden vermeiden wollen, um die Rheinlande und Nordfrankreich bei uns zu behalten. Wenn er Lloyd George energisch entgegengetreten wäre, hätte das keinen Zweck gehabt. Uebrigens müsse er sich über die Folgen seines Auftretens selbst maßgebend sein. Wenn seine Haltung nicht Zustimmung finde, könnte ja ein anderer Mann an seinen Platz treten.

Abg. Levo (Komm.) erklärt, der Minister sei zu einem vollständigen Zusammenbruch seiner äußeren und inneren Politik gelangt. Er sei jetzt glücklich zu einem Minister der Deutschnationalen geworden. Der Minister habe in der ganzen Welt das Mißtrauen zur Ehrlichkeit des deutschen Volkes gemacht. Die Rede des Abg. Wels habe wie eine Kandidatenrede für den Außenministerposten geklungen. Sollte man Breitfeld dazu, so sei die Basis für die neue Regierung schon gegeben. Nur mit Rücksicht auf die Zusammenhänge man wiederaufbauen.

Damit schließt die Aussprache. Nach persönlichen Bemerkungen der Abg. Dr. Klesser (Df.) und Dr. Breitfeld (Ue.) über Rausthys Schrift über die Ursachen des Weltkrieges erklärt Abg. Schulz-Braunberg (Df.) die Zustimmung seiner Fraktion zum dem berichtigten Antrag der Koalitionsparteien. Abgelehnt wird der Antrag der Kommunisten, der die Aufnahme der Beziehungen zu Sowjet-Rußland fordert.

Der berichtigte Koalitionsantrag wird in namentlicher Abstimmung mit 288 gegen 49 Stimmen, der Ue. und Kommunisten angenommen. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr: Dritte Beratung des Reichsgesetzes, Etatberatung.

Der Reichstag gegen die Orgel.

Die Bayern machen nicht mit. Im Reichstag wurde der Gesetzentwurf zur Ausführung der Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages mit den Stimmen aller Länder gegen die bayerischen Stimmen angenommen. Hierbei gab der bayerische Gesandte v. Preger im Auftrage der bayerischen Regierung eine Erklärung ab, der Gesetzentwurf lände nicht im Einklang mit der Tatsache, daß die Entente den Friedensvertrag gebrochen habe. Der Gesetzentwurf sei ausenpolitisch und innenpolitisch bedenklich, weil er die Einheitsfront zerstören könne. Dies zwänge Bayern gegen das Gesetz Widerstand zu erheben. — Reichsminister des Innern Dr. Koch antwortete darauf, die Reichsregierung erfülle ihre Pflicht. Es wäre nicht zu verantworten, wenn sie jetzt eine Bestimmung des Friedensvertrages unausgeführt ließe und der Entente die vielleicht aus diesem Anlaß besonders erwünschte Gelegenheit zu weiteren Repressalien gebe.

Der bayerische Ministerrat hat beschlossen, gegen das Vorgehen der Berliner Regierung in härtester Form zu protestieren. Die Bayerische Volkspartei hat beschlossen, sofort aus der Regierungskoalition im Reich auszusteigen.

In Braunschweig wurde bereits scharf vorgegangen und alle privaten Selbstschutzorganisationen verboten.

Die Sanktionen.

Briand hat den Chefredakteur der „Coe Nouvelle“ empfangen. Er sagte hinsichtlich der Zukunft, Minister Simons hätte angesichts der öffentlichen Meinung in Deutschland nicht anders handeln können, als er gehandelt habe. Einige Tage würden vergehen, und dann werde Deutschland doch annehmbare Vorschläge unterbreiten müssen. Man habe ja die Hand auf den Kohlen. Man sei nur zwei Schritte von Essen entfernt. Außerdem habe er Sorge dafür getragen, daß die Sanktionen Anwendung finden auf alle Verletzungen, die zu Lasten Deutschlands gingen. Briand erklärte weiter, daß er Wort gehalten habe und von den Pariser Abmachungen nicht abgewichen sei. Die Armeen würden erst zurückgezogen werden, wenn folgenden drei Punkten von Deutschland voll entsprochen worden ist: 1. In der Entschädigung, 2. in der Abrüstung und 3. in der Befreiung der Schuldigen.

Der Wortlaut der Gesetzesvorlage über die Einbeziehung der Reparationsverträge, die dem Unterhaus vorgelegt wurde, hat folgenden Hauptpunkt: Die Kaufleute, welche deutsche Waren in England einführen, werden verpflichtet sein, an die Hauptverwaltung der Zölle und Steuern einen gewissen Teil des Wertes dieser Waren abzuführen, der nicht über 50 Prozent hinausgehen soll und dessen Höhe von Zeit zu Zeit durch das Schatzamt bestimmt werden wird. Die Beamten der Zollverwaltung werden alle so erhobenen Summen auf ein eigens zu diesem Zweck eröffnetes Habentkonto verbuchen, und diese Beträge werden zur Abdeckung der von Deutschland durch den Versailler Vertrag übernommenen Verpflichtungen verwendet werden.

Nach einer Meldung der Agence Havas aus Mainz ist die Belegung des rechten Rheingebietes nunmehr in der Weise abgeschlossen worden, daß die Vorposten der Abteilungen 6 Kilometer östlich von Düsseldorf, 7 Kilometer östlich von Duisburg und 8 Kilometer nördlich von Ruhrort stehen.

Die belgischen Minister billigten den Bericht der Vertreter Belgiens von der Londoner Konferenz.

Der englische Arbeiterführer Thomas hat in einer politischen Versammlung eine scharfe Kritik an den sogenannten Reparationsmethoden der Alliierten geübt, die für die englischen Arbeiterklasse verhängnisvoll gewesen seien. Auf Grund des Friedensvertrages von Versailles sei Deutschland gezwungen, Kohlen an Frankreich zu liefern. Dadurch werde der englische Kohlenmarkt geschädigt und Hunderttausende englischer Arbeiter arbeitslos werden. Nicht Deutschland habe diesen Teil der Kriegsschuld zu bezahlen, sondern die englischen und französischen Kohlenarbeiter.

Strafantrag im Aulodprozess.

Nach der etwigen Tage unterbrochenen Verhandlung führte Staatsanwaltschaftsrat Dr. Roggine aus, daß bei jedem der Angeklagten eine fortgesetzte selbständige Handlung vorliege. Die Angeklagten hätten Bergeltungsanstalt verübt, und die Schuld

staltig sei von vornherein beschlossen gewesen. Trotz des erheblichen Beweismaterials hätten die Angeklagten alles in Abrede gestellt. Der Staatsanwalt hält die Angeklagten im vollen Umfange für überführt. Der Amnestieertrag vom 4. August 1920 könne hier nicht angewendet werden. Es handle sich hier nicht um die Abwehr politischer Angriffe. Schwere Strafen kommen in Frage, daß der Oberleutnant von Kulow ausserordentlich einen Befehl erlassen habe, die Verhandlungen sofort abzubrechen. Er habe hierbei zum Ausdruck gebracht, daß es eine Schande sei, wehrlose Soldaten zu mißhandeln. Walter als Vorgesetzter müsse mit dem gleichen Masse gemessen werden wie Biskup, wenn Letzterer sich auch schwerer vergangen habe. Er beantragte gegen Walter und Biskup die höchstzulässige Strafe von je fünf Jahren, gegen Bressa eine solche von vier Jahren Gefängnis.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Neue Putschgerüchte.

Am 13. März war ein Jahr seit dem unglücklichen Kapp-Putsch verstrichen (Raummangels wegen können mit diesem „Substitut“ erst morgen einige Stellen widmen) und schon schwirren wieder neue Gerüchte über einen bevorstehenden Putsch herum. Nach den B. P. N. hat der preussische Staatskommissar für öffentliche Ordnung eine Erklärung erlassen, nach der zwar ein solcher geplanter Putsch nicht nachweisbar sei, daß aber immerhin mit der Möglichkeit gerechnet werden müsse, daß vereinzelt Querschnitte mit phantastischen Plänen umgingen. Jeder Versuch sei zwar von vornherein zum Scheitern verurteilt, aber eine gewisse Aufmerksamkeit sei doch geboten.

Der ausgesperrte von Kerthoff.

Wie in die jüngsten Tage hatte der deutschnationale Abgeordnete von Kerthoff, der unter dem scharfen Verdachte großer Steuerhinterziehung und der Beiseiteziehung von Steuerrenten steht, die Dreistigkeit, an den Sitzungen des Reichstages teilzunehmen und sich herausfordernd vor der Rednertribüne aufzuführen. Als er am Donnerstag auf den Bänken seiner Fraktion Platz nehmen wollte, widersprachen einige deutschnationale Abgeordnete, die das politische Reinlichkeitsbedürfnis noch nicht ganz verloren haben, so energisch, daß sich von Kerthoff in die Wandelhalle zurückzog. Hoffentlich findet er von dort bald und endgültig den Weg ins Freie.

Bei den Verhandlungen über das Uebersichten.

wurde folgender Einigungsvorschlag gemacht: Es soll eine Lohnerschöpfung von 8 Mark eintreten. In vier Tagen der Woche soll an die regelmäßige Arbeitszeit je eine Stunde Uebersicht angehängt werden. Insgesamt würden dann wöchentlich vier Stunden Uebersichten verfahren werden gegen zweimal dreieinhalb gleich langen Stunden bisher. Für die Uebersichtstunden soll wie bisher ein Lohnzuschlag von 100 v. H. gezahlt werden, den auch die Uebersichtsarbeiter in gleicher Höhe erhalten sollen. Die Frage der Kohlenpreisverhöhung ist zurückgewiesen worden.

Reitpöttecke und Revolven.

Nach der „Berg-Wärk. Ztg.“ wurde am Freitag in Düsseldorf ein Offizier der Düsseldorfer Schutzpolizei, der an einem französischen Offizier vorüberging, ohne ihn vorchristlich zu grüßen, von diesem mit der Reitpöttecke im Gesicht geschlagen. Der deutsche Offizier zog die Pistole und schloß den französischen Offizier über den Haufen.

Kleine politische Nachrichten.

Der deutsch-schweizerische Handelsvertrag ist von der deutschen Regierung zum 6. Juni gelündigt worden. Der Thüringische Landtag hat die vorläufige Verfassung für Thüringen endgültig verabschiedet. Aus diesem Anlaß hat die Thüringische Landesregierung eine Amnestie für politische und disziplinarische Vergehen erlassen. Die bis zum Sonntagabend eingegangenen Nachrichten über die große oberdeutsche Transportbewegung ergeben, daß alle Züge auch im Abfuhrungsgebiete pünktlich und ohne Zwischenfälle ihrem Ziele entgegenrollen. Der französische Senat bewilligte die Einberufung des Jahrgangs 1921. Der Vorsitzende des englischen Bergarbeiterverbandes, Similies, ist zurückgetreten. Dadurch verschärfte sich die Lage der Differenzen zwischen den Bergarbeitern und der Regierung wesentlich. Der Ausschuss des französischen Gewerkschaftsverbandes hat seinen Plan zum Wiederaufbau der französischen und belgischen Kriegsgewerkschaften auf der Grundlage der deutschen Mitarbeit fertiggestellt und wendet sich an die französischen Gewerkschaften ebenso wie an den internationalen Gewerkschaftsverband mit einer Einladung zur Unterstützung. Dem „Daily Express“ wird aus Warschau gemeldet, daß die antihörschweizerische Revolte in Petersburg vollständig unterdrückt worden sei. In West-Rußland, Zentral-Rußland und der Ukraine soll sie an Umfang gewinnen. „Daily Mail“ meldet, daß die Garnison von Mint gemeutert und die bolschewistischen Kommissare ermordet habe.

Freistaat Lübeck.

Montag, 14. März.

Der Sozialdemokratische Verein (49., 50. und 51. Bezirk) hatte am Freitag, dem 11. März, zu einer Versammlung nach dem Lokal „Lübeck“ eingeladen, die gut besucht war. Der Parteisekretär Gen. Weh sprach über „Sozialismus, Reaktion und die Frauen“. Redner schilderte die Entwicklung des Sozialismus und wies darauf hin, wie zurzeit alle reaktionären Parteien bestrebt sind, die Errungenschaften der Revolution zu sabotieren. Gerade diese Parteien hätten sich wieder, trotzdem sie durch das Verhalten der Frauen bei den Wahlen auf abwärts, im Reichstage es abgelehnt, den Frauen das Recht zu geben, als Schöffen und Geschworene zu amtieren. Dadurch haben sie den Beweis geliefert, daß es ihnen mit der Erweiterung der Rechte der Frauen nicht ernst ist. Unsere Parteigenossen und deren Frauen müßten daraus erkennen, daß es notwendig ist, mit ganzer Kraft für die Verbreitung unserer Ideen einzutreten. Genosse Zimmermann verwies darauf, daß derartige Veranstaltungen nunmehr alle drei Monate stattfinden sollen und daß für deren Besuch zu sorgen.

Ein herrlicher Vorfrühlings-Sonntag war der gestrige Tag. Es war ein Tag, an dem man hätte, wie der Frühling auf die Dächer steigt und im Laub das erste Grün sich zeigt. Ganz Scharen strömten aus den Löchern der Stadt, um im herrlichen Sonnenschein einen Spaziergang ins Freie zu unternehmen. Schon reißt das Leben in der Natur; manche Bäume und Sträucher sind schon mit einem grünlich schimmernden Schleier überzogen. Im Walde öffnen bereits die Schlüssel- und Osterblumen ihre Kelche. Wie lichten und fanden von diesen ersten Frühlingboten ein kleines Sträußchen und trugen es behütet heim. Die Sträußchen waren teilweise fast überfüllt. Als abends die Sonne

im purpurnen Glanz verschwunden war, leuchtete eine höhere Temperatur ein und die Scharen strömten fröhlich und wohlgenut wieder nach ihrem Heim zurück.

Die hiesigen Moskauer

hielten am Donnerstagabend im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung ab. Mundt sprach über die Amsterdamer und Moskauer Internationale. Die Amsterdamer Internationale steht nach seiner Ansicht im Dienste des Kapitals und hat mit bezahlten Boten für einige französische und belgische Sozialisten geschaffen. Er könne es nicht begreifen, wie eine solche Organisation noch als Arbeitervertretung angesehen wird. Seine Glaubensgenossen ermahnte Mundt, sich nicht irren lassen zu lassen. Die Moskauer Internationale sei die einzige richtige. — Natürlich; sie steht ja auch direkt im Dienste des Kapitals und verachtet russische Werte und weite Gebiete an ausländische Kapitalisten. — Ueber solche „Kleinigkeiten“ aber spricht Mundt nicht, er hält den Mund. Als gläubiger Käteapostel hat er die Pflicht, die Moskauer Thesen inbrunnend nachzubeten und sie als ein Heiligtum zu preisen. Daher ist es auch ganz natürlich, daß der Redner, der vor kurzem noch ein Gegner der Moskauer Bedingungen war, jetzt sich bekümmert und einige Punkte davon seinen Zuhörern erläuterte. Ja mehr noch: er stellte die Moskauer Lehre und die Moskauer Päpste als leuchtendes Beispiel des internationalen Sozialismus hin. Damit hat er nun wohl die Gnade der Erzdiözese erlangt und kann nunmehr als vollwertiger Käteapostel die weiten Lehren verkünden. Glabe, Herzmann und Nidel unterstützten die Ausführungen Mundts und betonten, daß ohne Zweifel eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit bestehe. Natürlich nicht in der Moskauer Internationale, sondern in der Amsterdamer. Daß die Redner nebenbei auch noch auf die Gewerkschaftsführer schimpften, ist Moskauer Vorrecht, die nicht außer Acht gelassen werden darf, wenn sie nicht in Ungnade verfallen wollen.

Dann wurde der Rassenbericht gegeben. Die Einnahme betrug nicht ganz 4000 Mk. Der Beitrag beträgt pro Monat 3 Mk. und wird durch die Bezirkskassierer eingezogen. 900 Mk. müssen an den Unterbezirk abgeliefert werden und 2500 Mk. hat man für Miete, Druckkosten usw. ausgegeben. Der Rassenbestand beläuft sich auf reichlich 400 Mk. Die Mittelbezüge konnte nach Angabe des Kassierers noch nicht genau festgestellt werden. Ueber die Mafiseier sprach Franz. Er trat für eine kräftige Feier ein. — Hoffentlich feiert Franz diesmal kräftiger als im vorigen Jahre, wo er bekanntlich im Marmoraal in einer demokratischen Versammlung, wo er als kappeser Streiter erschienen war, vom alkoholischen Geist übermannt fast einschlummete. — Um 9 Uhr will man sich am alten Bahndamm versammeln. Dort soll eine kleine Ansprache gehalten werden und dann geht es in großen Demonstrationsscharen nach dem Bürgerfeld, wo ein auswärtiger Genosse eine Ansprache halten soll. Nachmittags will man auf die Dächer mit Flugblättern gehen und den Landbewohnern die wahre Heilslehre verkünden. Abends soll mit der Jugend eine gemeinsame Feier veranstaltet werden, wofür besonders Geier eintritt.

Zur Wahl in Mecklenburg wurden als Helfer in dem Winkel 50 Genossen gesucht, die aber nicht aufzutreiben waren. Erst als der Kassierer bezahlung verweigerte, waren genügend Personen mit dem nötigen Idealismus vorhanden. — Am Montag, dem 21. März, soll Mundt vor den kommunistischen Betriebsleitungen einen Vortrag über die Ausschließung der Kommunisten aus den Gewerkschaften halten. Zur Teilnahme daran wurde besonders aufgefordert.

Kein Abzug bei Rückzahlungen auf Sparkastensparbüchern. In Sparerkreisen ist immer noch die irrige Meinung verbreitet, daß bei jeder vom Sparbuchbesitzer geleisteten Rückzahlung durch die Sparkasse 10 Prozent in Abzug gebracht werden. Es liegt hier eine Verwechslung mit der Kapitalertragssteuer vor, bei der ein Abzug von 10 Prozent bei den Zinsen stattfindet. Betragen z. B. die am Jahresende zurückzubehaltenden Zinsen 20 Mk., so erhält der Sparler nur 20 Mk. weniger 2 Mk., also 18 Mk. zurückgeschrieben; die abgezogenen 2 Mk. werden als Kapitalertragssteuer an die Finanzkasse abgeführt. Die Kapitalisten unterliegen einer solchen Steuer nicht, es findet also bei Rückzahlungen kein Abzug statt.

Altkassa, Oberkassier! Dienstadt, den 15. März, nachm. 3 Uhr 24 Min. verläßt der letzte Abstimmungs-Entwurf Lübeck. Die Regimentalkasse wird den Abfahrenden einen fröhlichen Gruß nachschießen. Das Konzert beginnt ¼ Stunden vor Abgang des Zuges. Alle, welche aus irgendeinem Grunde ihren Fahrkarten noch nicht bekommen haben, können sich noch auf dem Bahnhof, wo im Wartesaal II. Klasse ein Bureau des Schutzbundes eingerichtet ist, ihren Fahrkarten ausstellen lassen. Sie müssen aber zu diesem Zweck mindestens ¼ Stunden vor Abgang des Zuges anwesend sein. Dringend gebeten wird, nicht in Uniform zu reisen, da die mit dem ersten Entzugsfahrplan, welche Uniform trugen, gleichgültig, ob Militär, Post- oder Jägeruniform, sämtlich zurückgewiesen wurden. Diese Bestimmung ist völlig neu und bis dahin von der Entente verschwiegen. Ferner muß dringend gewarnt werden vor Mitnahme arabischer Handgepäck, da nur kleines Handgepäck durchgelassen wird und ausgegebenes Reisegeld und größeres Handgepäck rückstandslos zurückgewiesen wurde. Dringend gewarnt wurde vor irgend welchen Änderungen oder Entzügen in die Wahlkarten, da sonst unbedingt Stimmverlust eintritt.

Schwurgericht. Am Sonnabend wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit gegen den Spiarierhändler Sadele, Brennmann wegen Meineides verhandelt, den er im Dezember v. J. vor der hiesigen Strafkammer geleistet haben soll. Die Geschworenen bejahten die Schuldfragen, worauf das Gericht auf 6 Monate Zuchthaus erkannte. Es verhandelte aber die Strafe in eine Gefängnisstrafe von 9 Monaten.

Ein Unfall ereignete sich am Sonnabend in der Genossenschaftsbäckerei. Dort brach an einem Gerüst, das im Innern des Gebäudes angebracht war, ein Balken und 6 Personen fielen aus unterschiedlicher Höhe herab. Zum Glück erlitten sie keine erheblichen Verletzungen. Der herbeigerufene Arzt stellte bei einigen kleine Verstauchungen an den Beinen fest.

Kassamermusik im Gewerkschaftshaus am 11. März, abends 7½ Uhr. Es ist sehr erfreulich, daß sich die Künstler anderer Orchester die Pflege der schönen Kammermusik zur Pflicht machen und dem Volke Gelegenheit geben, dieses zu hören. Deshalb sollte jeder wahre Musikfreund diese Veranstaltung besuchen.

Stadt-Theater. Dienstag: „Agamemnon“; Mittwoch: „Der Waffenschmied“. In den Kammerspielen am Mittwoch: „Flamme“.

Die Lichtspielgemeinde wird in einer Sondervorführung (bei aufgehobenem Abonnement) am kommenden Donnerstag etwas ganz Besonderes bieten: zunächst die neuartigen von Künstlerhand bearbeiteten Silhouettenfilme, die in ihrer feinen duktigen Art geradezu ein Wunderland vor den Augen erschließen lassen in einer Weise, wie eben nur der Film es vermag. Gleichfalls etwas Neues bedeuten die rotierenden Plakette, die in ganz besonders sinnvoller Weise die ganze Schönheit des plastisch reformierten Kunstwerkes zur Geltung bringen. Den zusammenfassenden Einleitungsbeitrag hierzu hat Harry Naack freundlichst übernommen. Endlich wird noch der viel umstrittene „expressionistische“ Film: „Das Cabinet des Dr. Caligari“ gespielt, der im Zusammenhang mit den anderen Bildern in ganz neuer Beleuchtung erscheinen dürfte. Dieser Film macht es nötig, Jugendliche unter 18 Jahren von dieser Sondervorführung auszuschließen.

ph. Ein ungetreuer Beamter. Der im November d. J. im hiesigen Hauptamt ausgeübte Zigaretten- und Tabakwaren-Leichen-Diebstahl im Werte von mehreren Hunderttausend Mark hat nunmehr durch die Ermittlung des Polizeisekretärs Wilhelm Sch... seine Aufklärung gefunden. Sch... hat einen Teil der gestohlenen Steuerzeichen an einen der Untertraktanten wohnhaften Zigarettenhändler verkauft gehabt. Letzterer, der sich den Umständen nach hätte sagen müssen, daß die Steuer-

zeichen von dem Verkäufer nur unrechtmäßig erworben sein konnten, wurde wegen Diebstahls festgenommen. Desgleichen, der Polizeisekretär Sch... .

pb. Fahrerabdiebstahl. Einem Angefallenen des Hochhofenwerkes ist am 12. d. M. ein Fahrrad, Marke Orion, gestohlen worden. Ein weiteres Fahrrad ist von dem Hofe der hiesigen Hauptpost gestohlen worden, als dieses dort auf kurze Zeit ohne Aufsicht hingestellt worden war. Dieses Fahrrad hat neue Zulassung und trägt die Polizeinummer 15 122.

Angrenzende Gebiete.

Seegerberg. Mord. In Stevershütten wurde der Landmann Krohn von Einbrechern erschossen, als er nach der Ursache des Geräusches, das die Diebstahler beim Anbohren eines Fensters verursachten, forschte. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Die Wahl in Mecklenburg-Schwerin.

Rostock, 14. März. Nach dem bisher festgestellten Resultat haben Stimmen erhalten: Sozialdemokraten 108 204, Kommunisten 13 525, U. S. P. 2 438, Deutschnationale 58 607, Deutsche Volkspartei 51 653, Vorbund 11 273, Wirtschaft. Partei 9 555, Demokraten 11 900. Rund 300 kleine Ortschaften stehen noch aus. Nach dem bisherigen Ergebnis sind die Links- und Rechtsparteien ziemlich gleich stark.

Schwerin. Pech. Wir berichten bereits, daß gegen den deutschnationalen Spitzenkandidaten, Herrn Dettmann, Anklage wegen Steuerhinterziehung erhoben ist. Nunmehr wird mitgeteilt, daß seitens der Reichsgetreibebehörde Berlin bei dem Spitzenkandidaten des bürgerlichen Wahlsystems für die Amtsvertreterwahl, dem Hofbesitzer Fromm in Baumgarten bei Lüchow einige zwanzig Zentner Roggen beschlagnahmt worden sind. — So arbeiten die Herrschaften für das Wohl der Allgemeinheit.

Bremen. Die Rückreise der amerikanischen Farmersöhne, die bekanntlich den ersten Transport amerikanischer Milchkuhe begleiteten und im Anschluß an einen längeren Aufenthalt in Bremen eine Informationsreise durch Deutschland machten, treten die Rückreise in ihre Heimat an.

Neueste Nachrichten.

Spiegelarbeit?

II. Berlin, 14. März. Die „Welt am Montag“ meldet: Ein verbrecherischer Anschlag, der zahllose Menschen in Lebensgefahr bringen konnte, wurde am Sonntag mittags auf die Siegesstraße verübt. Gegen 12 Uhr mittags entdeckten zwei Reichswelsholddaten auf halber Höhe im Innern der Siegesstraße einen Apparat, der 6 Kg. Dynamit und Nitroin enthielt und an dem sich eine etwa 10 Meter lange brennende Zündschnur mit zwei Sprengkapseln befand. Nur dem entschlossenen Eingreifen zweier Beamten der Schutzpolizei, welche die brennende Bombe im letzten Augenblicke durchschnitten, ist es zu danken, daß ein furchtbares Unglück vermieden wurde, denn die Siegesstraße war gerade stark besetzt. Nach den bisherigen Ermittlungen kommen als Täter zwei Männer und drei Frauen, einschließlich Ausländer, in Frage, die in der Mittagsstunde die Siegesstraße gemeinsam besetzt haben.

Deutschnationale Provokationen.

II. Berlin, 14. März. Die „Welt am Montag“ meldet: Eine Reihe nationalsozialistischer Verbände veranstaltete am gestrigen Vormittag eine Demonstration gegen die Anwesenheit der Entente-Kommissionen in Deutschland. Vom Wittenbergplatz zog ein Demonstrationzug unter Mitführung zweier schwarz-weißer Fahnen und einer weißen Fahne mit dem Hakenkreuz sowie verschiedener Tafeln mit der Aufschrift: „Hinweis mit den Friedensbrüchern!“ „Fort mit den Entente-Kommissionen!“ die Tauentzienstraße entlang. Der Zug bog in den Kurfürstendamm ein und erhielt hier Verstärkung. Nach und nach sammelten sich dann am Ende des Zuges eine Anzahl Anhänger der Linksparieten an, die ihrerseits einen roten Wimpel mitföhrteten und die patriotischenlieder mit dem Gesang der Internationale beantworteten. Zwischen den beiden feindlichen Gruppen kam es dann im weiteren Verlaufe des Marsches zu gegenseitigen Beschimpfungen, in der Königstraße drohten sogar Tätlichkeiten auszubrechen. Aber schließlich zogen die Anhänger der Linksparieten es vor, das Feld zu räumen, da sie sich in der Minderzahl befanden. Die Deutschnationalen zogen dann nach dem Restaurant „Hundefelle“ weiter. — Die chauvinistischen Parteien legen alles daran, das letzte bürgerliche Vertrauen der Welt auf Deutschland zu untergraben. In Wirklichkeit werden sich die PB-befehle der Umdeutschen noch ruppiger abspielen, als sie die Kinnesfreundliche II. widerricht. — Die U. S. P. veranstaltete am gestrigen Sonntag in Groß-Berlin mehrere Versammlungen, deren Redner sich in erster Reihe gegen den Kapitalismus wandten, der die Welt in einen Trümmerhaufen verwandelt habe. Im Anschluß an diese Versammlungen fand mittags im Sulkgarten eine Kundgebung statt. Nach Schluß der Versammlung zogen die Teilnehmer an der Demonstration in kleineren Zügen wieder in ihre Distrikte, wo man dann, ohne daß es zu Zwischenfällen gekommen war, wieder auseinanderging.

Ablehnung des Schiedspruches durch die Bergleute.

II. Bochum, 14. März. Die Betriebsobente und Bezirkskommissionen des alten Bergarbeiterverbandes nahmen auf einer stark besetzten Konferenz zu dem für den Ruhrbergbau geltenden Schiedspruch (Siehe unter Politik. Red.) Stellung. Nachdem die Verhandlungskommission Bericht erstattet hatte, kamen die Betriebsobente zu Wort. Bei der Abstimmung wurde der Schiedspruch einstimmig abgelehnt, weil dieses Verfahren eine acht Arbeitsstunden vorseht. Weiter wurde in einstimmig angenommen Entschlossenheit Protest eingelegt gegen die militärischen Gewaltmaßnahmen der Entente. — Dagegen hat eine Konferenz des Gewerkschaftsverbands der Bergarbeiter aus dem gesamten Ruhrbergbau mit großer Mehrheit beschlossen, den Schiedspruch anzunehmen.

Sieg der Sowjettruppen.

II. Riga, 14. März. Eine hier eingetroffene Meldung aus Moskau besagt, daß die Sowjettruppen drei Forts von Kronstadt eingenommen haben. In Kronstadt selbst sind starke Brände zu verzeichnen. Die Stimmung der russischen Kämpfer ist sehr gesunken. Die Absicht der störrischen Emigranten, den Großfürsten Dimitri Pawlowitsch als Regierungshaupt vorzuschlagen, habe die Arbeiter und Matrosen hart erschüttert. Auch rief ein Aufruf des Zentralauschusses an Innere Land Unzufriedenheit hervor.

Große Silberfunde in Kanada.

II. Soudon, 14. März. Nach einem Telegramm aus Seattle sind im Pugetgebiet in der Nähe von Kenahill angeblich große Silberfunde entdeckt worden. Wie es heißt, sind die Vorräte von einer früher noch nie beobachteten Größe. Die durchschnittliche Stärke der Silberader wird auf 5 bis 8 Fuß veranschlagt, die 8-14 000 Unzen Silber pro Tonne einbringen sollen.

Verantwortlich für den politischen und allgemeinen Teil: Hermann Bauer. Für die Rubrik „Freistaat Lübeck“: August Schulz. Für Inserate: Heinrich Steinberg. Verleger: Fritz Steinberg. Druck: Friedr. Meyer & Co.

Einsegnungs-Geschenke

Schuhwaren

Mädchenstiefel	Boxkalf, Derbyschnitt, haltbare Qualität, Gr. 36-39	68.—
Mädchenstiefel	Chevreau, mod. Form, gute Verarbeitung, Gr. 36-39	98.50
Mädchenstiefel	K.-Boxkalf, moderne elegante Form, hohe Schäfte	125.—
Knabenstiefel	K.-Boxkalf, Derbyschnitt, schöne Form, Gr. 36-39	118.—
Knabenstiefel	Kinobox, Derbyschnitt, vorzügl. Qualität	138.—

Herren-Artikel

Knaben-Kragen	3.95 2.95 1.95	95.5
Knaben-Sportkragen		3.95
Knaben-Vorhemden mit Kragen		1.95
Knaben-Manschetten		6.95
Konfirmanden-Krawatten		2.95

Papierwaren

Gesangsbücher	45.— bis	8.—
Tagebücher mit Schloß	13.— bis	10.—
Schreibmappen mit Schloß	30.— bis	3.25
Briefkassetten	25/25, sehr gutes Leinen, weiß und farbig	8.95
Mappe „Pebars“	gutes Leinenpapier	1.50

Damen-Konfektion

Konfirmandenkleid	aus reinwollnem Volla mit Knopfgaube	175.—
Konfirmandenkleid	aus schwarzem, reinwoll. Crepe, mit feilt. Volants	250.—
Kleiderrock	aus schwarzem reinwollenen Stoff in moderner Ausführung	138.—

Strümpfe und Handschuhe

Damenstrümpfe	schwarz, feinsädige gute Qualität, englisch lang	6.95
Herrensokken	mittelfeine solide Qualität, dunkelmeiert	6.50
Konfirmanden-Handschuhe	schwarz, Zwirn, pa. Qual.	12.75
Konfirmanden-Blacé	2 Druckknöpfe, pa. Flegelleder	19.75

Konfirmanden-Hüte

Feine Strohlappe mit Garnierung	18.—
Elegant genähter Bordenhut	38.—
Elegant garnierte Hüte	45.—
Bordenhüte in allen hellen Modifarben	56.—
Elegante Regenhüte	52.—

Bänder

Pa. Taffetband	in schönen Farben ca. 4 cm breit	2.75
Pa. Taffetband	in schwarz und marine ca. 8 cm breit	5.50
Pa. Taffetband	in schwarz ca. 10 cm breit	7.50
Pa. Taffetband	in schönen Farben ca. 12 cm breit	8.50
Pa. Taffetband	in schönen Farben ca. 14 cm breit	14.50

Bijouterie

Echte Bernstein-Broschen	13.—	10.75
Krawattennadeln	in moderner Ausführung	2.75
Manschettenknöpfe	echt Eula-Silber	12.75
Zigarettenspitzen	echt Silber	16.75
Echt gold. Damenringe für Konfirmanden	45.— 43.—	40.—

Damen-Strickjacken

in entzückenden Formen und Farbstellungen

Serie I	reine Wolle, weich geraucht, in verschiedenen Farben	175.—
Serie II	Wolle gestreift, einfarbig mit bunten Streifen, pa. Qualität	245.—
Serie III	pa. feine mollige Jersey-Qualität in vielen Farbstellungen	295.—

Rudolph Karstadt

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Zentrale Lübeck.

Berammlung der Betriebsräte, Vertrauensleute und des Vorstandes
am Dienstag, dem 15. März
abends 8 Uhr:
im Lokale von Friedr. Lender,
Händestraße 41.
(14597) Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Angestellten

Mitgliederversammlung
am Mittwoch, d. 16. März
abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zur Gauleitungskonferenz.
2. Wahl der Delegierten zum Verbandstag.
3. Die Arbeitgeber und der Achtundzestag. (14878)

Visitenkarten
fertigt an
Friedr. Meyer & Co.

Gewerkschaftshaus.

Morgen Dienstag, 15. März, 7 1/2 Uhr:
Gr. Volks-Kammermusikabend
veranstaltet von ersten Kräften des
Orchesters des Vereins der Musikfreunde
mit
Frl. Luise Friedhoff (Sopran) als Gast.
Vorverkauf bei Basson, Zigarrengeschäft, Beckergrube 49, in sämtlichen Warenabgabestellen des Konsumvereins und im Gewerkschaftshaus. Eintritt 3.50 M.

Öffentl. Verteilung besserer Mobiliten
morgen Dienstag, d. 15. März, Fischstr. 36,
morgens 10 Uhr, über Mobiliten und nachmittags 3 Uhr
über Leinwand, Wäsche, Gardinen, Portieren und
Damen-Kleidungsstücke.

R. Bruhn, öffentlich angestellter und beidseitig Versteigerer und Sachverständ. f. bewegl. Gegenstände.
Kantor Fischstraße 6. Tel. 977.
14904) Besichtigung 2 Stunden vor Beginn.

Lübecker
Weinhaus
Otto Voigt
Fleischhauerei
(14867)

Weine
Liköre
Spirituosen

Hausstandslumpen
Papier, Knochen usw.
kauft zu den höchsten
Tagespreisen (1488)
Cohn,
Kadenburg, Allee 58, Kell.

Verlobungsringe
750 u. 900 gel.
Wed. - Ringen
empfehlen
Wili.
Westfelling
Uhrmacher und Juwelier
32 Holten-
straße 32



Der Name

für hochwertige Herrenkleidung!

Die neuesten Erzeugnisse unserer eigenen Kleiderfabrik zeigen wir in drei Fenstern der Breiten Straße und im 1. Stock. — Mehr denn je legen wir Wert auf Qualitäts-Konfektion für jedermann günstig käuflich. Maßanfertigung feinsten Herren- und Damenkleidung unter Leitung von Zuschneidern mit Geschmack und Können. — Große Auswahl moderner Qualitätsstoffe.



Der französische Gewerkschaftsbund gegen die „Sanktionen“.

Der Französische Gewerkschaftsbund (Confederation Generale du Travail, wörtlich überetzt: Allgemeiner Arbeitsverband) hat an den Internationalen Gewerkschaftsbund folgende Kundgebung gerichtet:

Werte Genossen!

Der Vorstand der C. G. T. hat den Protest der Arbeiterorganisationen Deutschlands gegen die Beschlüsse der Pariser Konferenz, der ihm durch Vermittlung des J. G. B. zugegangen ist, zur Kenntnis genommen.

Die französische Arbeiterorganisation erklärt in Beantwortung dieses Protestes, daß sie keineswegs mit der von der französischen Regierung eingenommenen Haltung solidarisch erklärt. Die Beschlüsse, Veröffentlichungen, alle Handlungen des Allgemeinen Arbeitsverbandes beweisen, daß er alles mißbilligt, was die Verflüchtigung eines Volkes zur Folge haben könnte.

Ebenso wie der Arbeitsverband gegen die Bedrohung der militärischen Besetzung Stellung genommen und seiner Auffassung in diesem Punkte in unzweideutiger Weise Ausdruck verliehen hat, ebenso mißbilligt er jede Politik der Vergewaltigung und Unterdrückung und erklärt sie als eine Gefahr für alle Völker und als ein Hemmnis für den Befreiungskampf der Arbeiter.

Die Auffassungen der französischen Gewerkschaftsbewegung sind den Vertretern der deutschen Organisation bereits wiederholt dargelegt worden. Was die Wiedergutmachung betrifft — deren Pflichtberechtigung von den deutschen Gewerkschaftsorganisationen anerkannt wurde — so waren diese bereits Gegenstand eines gemeinsamen Communiqués, das von den beiden Zentralen im November vorigen Jahres in Berlin redigiert wurde.

Der Allgemeine Arbeitsverband erklärt aufs neue, daß diese Wiedergutmachungen, wie überhaupt die ganze durch den Krieg geschaffene Lage, Gegenstand der Verständigung zwischen den Arbeitern der verschiedenen Länder sein muß und nicht einer Politik des Hasses dienen darf, sondern der Annäherung und engen Zusammenarbeit der Völker. An dieser Zusammenarbeit müssen die Arbeiterorganisationen hervorragenden Anteil nehmen, denn nur die in der gewerkschaftlichen internationalen vereinbarten Organisationen, die dort ihre Kräfte zusammengesetzt haben, sind einzig imstande, den Kampf zu führen gegen den Egoismus der Kapitalisten und die engherzige und gefährliche Politik ihrer Regierungen.

Nichts vermochte diese Ansicht zu ändern, und nichts wird sie ändern können. Die französischen Arbeiter sind wie bisher bereit, die Kameraden Deutschlands zu verteidigen, und sie weisen alle Versuche zurück, ihnen — und dies im Widerspruch mit den Versträgen selbst — eine unerträgliche Last aufzuerlegen. Sie erklären sich heute wie ebendam zu gemeinsamem Handeln mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands bereit, um die Annahme des von beiden Zentralen vereinbarten Programms von den Regierungen der beiden Ländern zu erwirken.

Wir bitten Sie, diese Antwort der deutschen Zentrale zur Kenntnis zu bringen.

Mit brüderlichen Grüßen

(geb.) J. J. J. J.

Zusammenbruch eines Korruptions-Schwindels.

Die Verhandlung im Sonnenfeld-Prozess bedeutete einen nötigen Zusammenbruch der Clique, die länger als ein Jahr Leffentlichkeit und Presse mit ihrem Korruptionsgeschrei gegen die Sozialdemokratie erfüllt hat. Der Urheber der ganzen Sache, der Dekaband Ernst Sonnenfeld, kapitulierte glatt. Er, der das berühmte „Material“ geliefert hatte, Material, das „viele Millionen wert sein“ sollte, Material, dessen Veröffentlichung „eine neue Revolution hervorrufen“ würde, er nahm reumütig alles zurück. Sonnenfeld jun. erklärte, daß er keine ungerechtfertigte Bereicherung des Herrn Georg Sklarz bezahnen könne, daß er die anderthalb Millionen unter-

schlagen und nicht „zurückgehalten“ habe, weil er Regereinsprüche besorgen mußte. Er schloß mit den Worten: „Ich sehe jetzt ein, daß an der Sache nichts ist.“ Damit ist der große Schwindel in nichts zerfallen, der die reaktionäre und linksradikale Presse monatelang von der „korrupten Sozialdemokratie“ hat reden lassen. Auch der Prozess Sonnenfeld wäre damit im wesentlichen erledigt gewesen, da der Hauptangeklagte Ernst Sonnenfeld auf weitere Zeugen verzichtete. Da aber sein Vater, der offenbar gefesselt Hermann Sonnenfeld, auf seinen Schein bestand, so mußte nun noch der Spiritus rector der ganzen Sache, Georg Davidsohn, vernommen werden. Die mit großer Spannung erwartete Aussage des „Entwicklers und Parteireinigers“ ergab ein Nichts. Davidsohns sehr breite Aussage bildete eine mit großer Wichtigkeit vorgelegene Aneinanderreihung von allerhand Nichtigkeiten, von Parteiklatsch und -tratsch niedrigster Ordnung. Davidsohn suchte seine Aussage interessant zu machen, indem er mitteilte, was ihm angeblich andere Parteigenossen in der Sache gesagt hätten. Soweit wir diese noch erreichen konnten, ist festgestellt, daß Davidsohn mit Äußerungen, die ihm — damals noch als geachteten Parteigenossen — von Parteigenossen gemacht wurden, zum mindesten sehr subjektiv umgesprungen ist.

Ein Hausgehilfen-Gesetz.

Der Entwurf eines Hausgehilfengesetzes ist im Reichsarbeitsministerium auf Grund der Vorarbeiten des bei diesem bestehenden Ausschusses zur Herstellung eines einheitlichen Arbeitsrechtes fertiggestellt worden und soll demnächst mit Vertretern der beteiligten Organisationen erörtert werden. Der Entwurf umfaßt, wie in einer amtlichen Darstellung mitgeteilt wird, das Personal in weitem Umfang, soweit es nicht zu den Angestellten im Sinne des Versicherungsgesetzes für Angestellte gehört. Dagegen rechnet grundsätzlich nicht zu den Hausgehilfen, wer außer der Arbeit im Hause Landwirtschaftliche Arbeit leistet oder überwiegend in anderer Weise namentlich gewerblich, beschäftigt ist. Der Entwurf will den berechtigten Interessen sowohl der Hausgehilfen als ihrer Arbeitgeber gerecht werden und regelt unter diesem Gesichtspunkte die Rechte und Pflichten aus dem Hausgehilfensvertrage, insbesondere die Dauer der Arbeitsgemeinschaft, sowie die Ruhepausen und Freizeiten. Der Entwurf steht ferner nach österreichischem Vorbild einem Personalausweis vor, der lediglich die Feststellung der Identität des Hausgehilfen ermöglichen soll und dessen Ausstellung grundsätzlich nicht verweigert werden darf. Paritätisch zusammengesetzte Hausdienstauschüsse, die nach Bedürfnis zu errichten sind, dienen zur Schlichtung von Einzelstreitigkeiten zwischen Hausgehilfen und ihren Arbeitgebern. Dem Schutze der jugendlichen Hausgehilfen ist angemessene Rechnung getragen. — Soweit die amtliche Darstellung es geht aus ihr leider nicht hervor, welcher Art die Bestimmungen über die „Arbeitsbereitschaft“ usw. seien, warum gerade die in dritlichen Hausgehilfen, die nebenbei landwirtschaftliche Arbeit verrichten, ausgenommen werden sollen und vor allem, weshalb man den Hausangestellten den Personalausweis aufzwingen will, den keine andere Arbeiterschaft kennt und deshalb als Steckbrief für Hausangestellte empfunden wird. Der Zentralverband der Hausangestellten hat wiederholt und eindringlich vor diesem „Steckbrief“ gewarnt. Das Arbeitsministerium nimmt ihn aber trotzdem in seinen Vorschlag auf und will dann noch die Organisationen darüber hören. Das ist ein sonderbares Verfahren.

Gegen die Mietsteuer.

Der Wohnungsausschuß befaßte sich Ende voriger Woche mit einer Entschließung der Gewerkschaften, die zur Beratung gestellt wurde. Silber Schmidt (SP.), der die Beratung dieser Entschließung übernommen hatte, wies darauf hin, daß das unbeschreibliche Wohnungs- und Arbeitslosenelend den Ausschuß zum Einschlagen anderer Wege zwingt. Alle Volkswirtschaftler hätten eingesehen, daß die Arbeit im Ausschuß völlig unzulänglich sei. Würde der Entwurf Gesetz, würde

im günstigsten Falle in 40 Jahren das Wohnungselend beseitigt. Da aber schnell und durchgreifend gehandelt werden müßte — was der Regierungsentwurf nicht berücksichtigen würde — müßte der vom Ausschuß betretene Weg zur Katastrophe führen. Es sei notwendig, daß in den nächsten fünf Jahren das Bauen von mindestens 750 000 Wohnungen gesichert werde. Die Durchführung eines derartigen Bauprogramms hielten die Gewerkschaften für gegeben, wenn die durch die allgemeine Selbstverwertung erzeugten höheren Gebäudewerte bis zu einer gewissen Grenze eine hypothekalarische Bindung zugunsten gemeinwirtschaftlicher lätiger Wohnungsfürsorgeorgane erfordern, und durch Ausgabe von Pfandbriefen für den Wohnungsbau flüssig gemacht werden. Silber Schmidt betonte zum Schluß, daß seine Parteifreunde dem Gesetzentwurf der Regierung die Zustimmung verweigern würden.

Der Ministerialrat Krüger gab zu, daß im Ausschuß der Entwurf insofern verfehlt worden sei, als er es verhindere, daß der unverdiente Mehrwert erfährt werde. Die Vorschläge der Gewerkschaften seien nicht neu. Nach seiner Berechnung müßten die Pfandbriefe jährlich 13 Milliarden einbringen. Das sei gänzlich unmöglich. Auch die Belastung der Häuser mit Hypotheken zwänge zu einer starken Mietssteigerung.

Die Vertreter der linksgerichteten Parteien lehnten die Vorschläge der Gewerkschaften ab und redeten, wie in allen Sitzungen, dem privatkapitalistischen Bauen das Wort. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Aus dem Prozeß gegen Pfeffer

Ist noch folgendes nachzutragen: Der Zeuge Offiziersstellvertreter Esser ist jetzt als Schreiber und Diskussionsredner der Deutschen Volkspartei in Potsdam tätig. Er war Vorstand des Frontbundes, dessen Organisator Pfeffer war. Esser sollte auf einem der Güter im Kreis Arnswalde nachwachter werden. Das wollte er nicht, und so wurde er Diskussionsredner der Deutschen Volkspartei. Esser erzählt, daß die Offiziere auf den Gütern gemohnheitsmäßig von den Soldaten der Arbeitsgemeinschaft mit Herr und Dienstgrad angesprochen wurden. — Der Redakteur der „Freiheit“, Kohler, erzählt, wie im Sommer 1920 die Staatsanwaltschaft den Hauptmann Pfeffer gegen den Haftbefehl erlassen worden war, nicht finden konnte. Da habe die „Freiheit“ telephonisch den Hauptmann Pfeffer in Arnswalde angerufen und auch gesprochen, und diesen Scherz habe die „Freiheit“ dann zur Kennzeichnung des Vorgehens der Staatsanwaltschaft veröffentlicht. Auch bei der Vernehmung Kohlers läßt sich der Vorstehende und besonders einer der Beisitzer, dessen ganzes Auftreten im Prozeß den Eindruck hervorruft, daß ihm Pfeffers Arbeit sehr sympathisch ist, von der Absicht beeinflussen, der „Freiheit“ nachzuweisen, daß sie bei der Veröffentlichung von Material zu wenig kritisch vorgehe. Man hat den Eindruck, daß die „Freiheit“ und nicht der Hauptmann Pfeffer angeklagt ist. Eine weitere Eigenart dieses Prozesses ist es, daß eine große Zahl wichtiger Zeugen nicht zu erreichen ist, es sind einstige Pfefferleute, Offiziere und Unteroffiziere, zum Teil dunkle Exzentranten, von denen man nicht weiß, ob sie Betrüger oder Hochstapler sind. Es kommt noch zu einem Zusammenstoß, als der Verteidiger den Zeugen Kohler fragt, ob die „Freiheit“ etwa Material der Entente geliefert habe. Kohler erklärt, daß er es für unnötig halte, auf eine solche Frage zu antworten. — Der Redakteur Kohler von der „Freiheit“ wurde nunmehr vernommen. Unter dem vor ihm vorgelegten Material befindet sich auch ein Schriftstück vom Juni, in dem zu einer Verhandlung zwischen Pfeffer, Kohler und dem Landesherrn eingeladen wird zur Organisation eines Selbstschutzes. Pfeffer fordert auch auf, die Leute sollten sich an geeignete Kameraden wenden, denn in Arnswalde seien sich Plätze frei. Daran gehe auch hervor, daß es sich nicht bloß um arbeitslose Soldaten handelt, sondern um eine zu schaffende Organisation. Pfeffer bestreitet dieses.

Dann tritt der Staatsanwalt als Verteidiger Pfeffers auf. Er sagte u. a.: Für die Arbeitsgemeinschaft trat die Kampfannektion in Kraft, aber nicht für Hauptmann Pfeffer als Führer, da die Führer von der Annektion ausgenommen sind. Die Anklagebehörde hatte bei der Untersuchung mit großen Schwierigkeiten zu

Franzi und Heini.

Geschichte zweier Wiener Kinder von Leopold Komper.

84. Fortsetzung.

9. Juli.

Franziskas Unfall schreitet schnell.

In den jungen Jahren erzählt bereits das Kind an sich, was das für ein Wort vom „Gesichte“ dessen Auge war, bedeutet. Das ist nicht ein Auge, das hunderte und tausende, und sie alle sind mit verstärkter Schärfe auf dieses eine Kind gerichtet.

Wir verlämmeln uns heute nach der Schule zur gewöhnlichen Konferenz.

Ich weiß nicht mehr, wie die Rede auf Franziska kam. Aber wenn ich nicht irre, war es mein Kollege, Andreas Achtsiebner, der die Frage aufwarf, wie man sich zu benehmen gedenke, wenn das Mädchen verurteilt würde.

Dazwischen warf die Klassenlehrerin, Fräulein Leontine, die spitze Bemerkung, so weit ihre Menschenkenntnis reichte, hätte sie an dem Mädchen stets etwas Tadelliches und Lauerndes bemerkt. Und das sei so wahr, als sie sich noch niemals in ihrem ganzen Leben getäuscht habe.

Darauf schritt mein Kollege Andreas, der es überhaupt nicht, den „Lustigmacher“ unseres Lehrerkollegiums zu spielen, eine so komische Grimasse, indem er nämlich seine Baden wie ein Blasengel aufblähte, daß alles am grünen Tische lachte, sogar Fräulein Leontine selbst. Wir aber tat das Herz weh. ... Einmal brachte ich mühsam ein paar Worte hervor, an deren Sinn ich mich gegenwärtig nicht mehr erinnere. Ich glaube nur gegen Fräulein Leontine bemerkt zu haben, daß, wer selbst ein Kind ungehört verdamme — und Franziska sei eigentlich noch ein Kind — ein großes Unrecht begehe.

„Ein schönes Kind!“ lachte Fräulein Leontine zu dem ihr gegenüberstehenden Andreas hinüber. „Schmückt sich mit Weibchen und Armbründern wie eine Ballettängerin und weiß wahrscheinlich nicht, daß diese Sachen ... von einem Diebstahl herrühren! Ich werde nächstens mit meinen Schülerinnen die schöne Ballade von Chamisso vornehmen: „Die Sonne bringt es an den Tag.““

Der einzige, der diesen Witz beachtete, war mein Kollege, Andreas Achtsiebner. Er gehob eben zu jenem Menschen, die den Tag für verloren erklären, wenn ihnen zufällig der Saftstoff ausgeht. Darüber er zu lachen hat, ist keine geringe Sorge. Sein Lachen ist immer bereit. Es hängt sich wie schmutzige Wäsche überall hin, an alle Gartenzäune und Borstlinge; niemals kommt es ihm auf die Zeit an, noch viel weniger auf den Ort.

Alle übrigen schwiegen.

Das hinderte übrigens Fräulein Leontine nicht, ihrer spitzen Zunge noch ein kleines Amüsement zu gönnen.

„Man weiß ja,“ warf sie halblaut ihm, mit auf den Boden gerichteten Augen, „daß Franziska von unserem Herrn Kollegen begünstigt wird.“

Dann blühte sie wieder so siegesgewiß umher, als wollte sie die Maxime, die sie stets im Munde trägt, aller Welt ins Gesicht zu schreiben. Sie sagt nämlich stets: „Ich täusche mich niemals!“

Andreas Achtsiebner sagte mir später, ich hätte in diesem Augenblicke ausgelesen, als wollte ich Fräulein Leontine ans jugendliche, kaum achtundzwanzig Sommer jährende Leben, und das wäre eines „Hauptthes“ gewesen! Glücklicherweise hätte ich mich aber eines Allgeren besonnen, und so wäre das „definitive“ Dablein der Klassenlehrerin für diesmal einer großen Gefahr entgangen.

Wah! es war etwas ganz anderes, was mich in diesem Augenblicke verkommen machte.

Der vorstehende Herr Oberlehrer machte der bösen Szene ein Ende, indem er bemerkte, daß der Fall mit der Schülerin Franziska im Grunde für die Schule selbst ein höchst peinlicher, eine Art Schmutzfall sei.

Zu allem dem schwiege ich.

War es, weil ich mitten durch diese wilden Reden zwei Kinderdauern voll Trauer auf mich gerichtet sah? ...

Als ich nach Hause kam, fand ich auf meinem Tische die Vorladung des Untersuchungsrichters im Landesgericht, um eine „Auskunft“ zu geben. Ich soll Freitag, den 12. Juli, vormittags elf Uhr, gegen Vorweisung dieser Vorladung bei dem Untersuchungsrichter erscheinen!

12. Juli.

Ich begreife jetzt vollkommen, warum Frau Blüthenkern dem heutigen Tage so sehr entgegenkam.

Als ich heute um die elfte Vormittagsstunde in das Landesgerichtsgebäude eintrat, nahm meine Situation laute, kam mir schon auf dem ersten Treppenaufzuge, noch so man in den etwas finsternen Korridor des ersten Stockwerkes einbrachte, Frau Blüthenkern entgegen, die ich trotz des Dämmerlichtes, was in diesen Räumen herrscht, augenscheinlich erkannte. Sie hatte wieder den schweren Pack auf dem Rücken, ohne den sie überhaupt nicht zu denken ist, wie das Licht nicht ohne seinen Schatten. Ich fragte sie, wie es ihr ergangen sei, und sie antwortete mit gedämpfter Stimme, indem sie sich dabei vorzüglich nach allen Seiten umsah: „Wie soll es mir ergangen sein, mein lieber Herr Lehrer? Ich bin „Verdammungstage“ hinterher, oder das, was Sie den

langen Tag“ nennen, sind nichts, rein nichts gegen die eine halbe Stunde, die ich da oben zugebracht habe.“

Sie deutete dabei mit dem Finger nach dem zweiten Stockwerke, von welchem sie eben gekommen war.

„Warum?“ fragte ich sie eben so leise, denn mit dem Eintritt in dieses Haus fühlt man das Bedürfnis, seine Stimme wie auf unhörbaren Soden gehen zu lassen.

„Warum?“ wiederholte sie. „Wenn ich meinen Verdammungstag habe, dann sehe ich durch volle vierundzwanzig Stunden mit meinem Gott und Schöpfer auch ganz allein; aber dann weiß ich, daß ich mit ihm reden darf, was ich will und was mir einfällt. Da oben ist es aber anders; da sehe ich vor einem Menschen, und der fragt mich aus, und ich darf nur antworten, wenn er mich fragt.“

In diesem Augenblicke brachten elf metallische Schläge der Uhr durch das Haus. Ich sagte ihr, ich müsse gehen, denn ich sei für diese Stunde hierher bestellt.

„Lebendiger Gott!“ rief sie, „ich habe gar nicht gefragt, was Sie hier zu tun haben. Wie kommen Sie in das Haus? Haben Sie auch eine Auskunft?“

Ich wies auf die Vorladung, die ich in Händen hielt.

„Auch wegen der Franziska?“

„Ich weiß nicht.“

„Gewiß, gewiß,“ sagte sie wichtigend, und ich habe diesen charakteristischen Zug bei allen angetroffen, die selbst nur einmal mit der Justiz in irgend einer Beziehung kamen — „ganz gewiß ist dies wegen der Franziska. Was wird man aber von Ihnen wollen? Soll ein Mensch nur sagen, was man von Ihnen will? Ich bin etwas ganz anderes. Aber geschadet habe ich ihr nicht. Darauf können Sie sich verlassen!“

Die letzteren Worte, wie sie sie mir noch nachtrief mit ihrer flüsternden belagerten Stimme, während ich bereits den zweiten Treppenaufgang hinanstieg, klangen mir wie ein freundlicher Gruß für den schweren Gang, den ich eben angetreten ...

Ich stand vor dem Untersuchungsrichter.

Es muß das von der Schule herrühren, die mir allerdings, das Ansehen menschlicher, freilich noch unentbehrlicher Stimmens nachgelegt, oder ist es eine Eigenart meines Gemüts? — Bei mir entscheidet das Sprachorgan das erste Urteil, dem ich selten unterliege. Aus diesem Grunde klang es hart, kurz, fast metallisch. Als ich eine Stunde später die Treppe wieder hinabstieg, stand es klar vor mir, wo ich es bereits vernommen hatte.

In meinem heimlichen „Mittel“ haben wir eine Charakteristik; dort ging ich öfters als Krake hin, um zuzusehen, wie durch eine Maschine die farbigen Sonden geschritten und geschaltet wurden, als wären sie Häckerling ... Das war die nämliche Stimme, ich täusche mich nicht.

Fortsetzung folgt.

Kämpfen. Kronzeugen waren nicht zu erreichen, denn es dauerte zu lange, bis es zu diesem Prozeß kam. In diesem Prozeß haben sich nun die wichtigsten Angaben der „Noten-Bücher“ als unhaltbar erwiesen. Der Nachweis, daß im Auftrage Pfessers gewonnen worden sei, konnte nicht geführt werden. Die Nachrichten über die Besuche sind ebenfalls unrichtig. Die Pfessers-Briefe sind ebenfalls unrichtig. Die Pfessers-Briefe sind ebenfalls unrichtig. Die Pfessers-Briefe sind ebenfalls unrichtig.

Der erwartete Freispruch.

Das Gericht sprach den Hauptmann Pfesser frei. Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last. Die Kaution von 20 000 Mk. gegen die Pfesser auf freien Fuß gesetzt worden war, ist freigegeben.

Ein feiner Hohenzollernsprößling.

Das Preussische Finanzministerium hat vor einiger Zeit die Beschlüsse des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen, namentlich die große, im Hofenschen gelegene Besitzung von Flatow-Krojanke wieder in staatliche Verwaltung übernommen und einen staatlichen Zwangsverwalter eingesetzt. Wegen dieses mehr als gerechtfertigten Schrittes erhebt die bürgerliche Presse ein ungehöriges Geschrei gegen den Finanzminister Lüdemann.

Wie notwendig diese Maßnahme war, ergibt sich daraus, daß die „leidende“ Familie des Prinzen Friedrich Leopold in Saus und Braus in Lugano lebt und einen Lebenswandel führt, der das Entsetzen der Bevölkerung bildet. Namentlich Prinz Friedrich Leopold-Sohn tut sich durch maßlosen Luxus, sinnlose Verschwendung und widerwärtige Degeneration in einer Weise hervor, daß sein Aufenthalt in Lugano zum allgemeinen Skandal geworden ist. Im Gegensatz zu den wahren Wohlgelehrten, der Geldverschwendung und der Schuldenmacherei steht die elendeste Behandlung der Dienerschaft. Natürlich nimmt sich auf die skandale nationale Presse des Prinzen an. Wie sollte sie nicht einen Mann schämen, der seine Diener vorzugsweise als „dreißig deutsche Schweine“ tituliert. Wenn das Finanzministerium eine Entschuldigung von Vater und Sohn durchzusetzen vermag, so würde das allein schon seine Rechtfertigung in der Tat bedeuten, daß die Familie Prinz Leopold in kürzester Zeit 10 Millionen Schilling in der Schweiz angehäuft hat. Es sind aber, so schreibt der „Vorwärts“, auch noch ganz andere Dinge vorhanden, die wir nicht vor die Öffentlichkeit bringen möchten. Wenn aber die bürgerliche Presse darauf besteht, so kann ihr auf diesem Gebiete reichlich gebietet werden.

Außerdem aber hat das Finanzministerium Kenntnis von ungeheuren Holzschlägen, die in letzter Zeit in den Wäldern von Flatow-Krojanke vorgenommen worden sind, um die Schweizer Schulden zu bedecken. Natürlich ist das glatte Raubhan. Ferner sind dem Finanzministerium Geldschleusen über die Schweizer Grenze bekannt, und zwar in einem Falle über 400 000 Mark. Der Urheber dieser Schleichung dürfte der Publizist im „B. L.“, das sich des Prinzen annimmt, nicht fern sein. Schließlich wird noch die Grenzregulierung angesprochen, da ein Teil des Landes zuerst an Polen gefallen ist. Es wäre zu befehlen, daß, wenn die Rechte des Prinzen angefaßt würden, so würde das Land wieder an Polen kommen! Die treibende Kraft der demokratischen Prinzipienverbesserung sind anscheinend holländische Interessentengruppen, die bei dem Waldmorben in Flatow-Krojanke gut verdienen und deren Profit zu schützen droht, wenn das Ganze unter geordnete staatliche Verwaltung kommt. Jedenfalls ist sehr interessant, daß das „B. L.“ das Geschick des Holzgroßhandels als Kron- und Kronzeugen bemittelt.

Mehrere Anwesende des Bringenpaares erklärten, daß es diesem ein teuflisches Vergnügen machte, seine Angestellten durch schwere Getränke betrunken zu machen und selbst weideten sich an dem Zustande der Betrunknenen. So mußte ein kranklicher Diener jeden Abend zwei bis drei Flaschen Sekt in sich hineintrichtern lassen, wobei ihm der Prinz erklärte: „Sie trinken nicht etwa zu Ihrem Vergnügen, sondern zu meinem Vergnügen.“ Auch besonders laute Schmäße wurden für die Opfer zurechtgebracht, zu ihrer Zusammenlegung wurden verwendet: schärfste englische Sausen, Pfeffer, Portwein und Sherry. Ein anderer Diener mußte auf allen Vieren vom Badezimmer in das Ankleidezimmer kriechen und dann wie ein Hund bellen. Auf den Pfiff des Prinzen mußte er angekröchen kommen und aus einem mit Fleisch gefüllten Napf, der auf dem Fußboden stand, wie ein Hund „fressen“. Während im Saal das Volk hungerte, erliefen die Hunde des Prinzen auf Befehl gebratenes Kotelettes, Sahneknäuel, Kalbskoteletts usw. Überhaupt nur das beste Fleisch. Die Tiere waren so überdittig, daß sie meist die vollen Futternapfe stehen ließen. Dann mußte ein Diener dem Lieblingshund die gebratenen Sahneknäuel ins Maul stopfen. Von den Deutschen sprach der edle Prinz meist als den deutschen „Schweinehunden“. Es ließe sich noch vielerlei Unheiliges anführen, aber wir denken, es genügt vorerst.

Freistaat Lübeck.

Montag, 14. März.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck im Jahre 1920.

Große Anforderungen an das deutsche Wirtschaftsleben und an die Arbeiter stellte das Jahr 1920. Große Wirtschaftsbetriebe mußten sich bedeutende Einschränkungen auferlegen. Dieses hatte auch in unserem Berufe große Arbeitslosigkeit zur Folge. Es mußten in recht vielen Betrieben Arbeitszeitreduzierungen vorgenommen werden. In vielen Fällen mußte die Arbeitszeit auch unregelmäßig der Schlichtungsausschuss anrufen werden, da der Standpunkt der Kollegen des Arbeiters gegenständig ein verschiedenes oder die Einführung der Arbeitszeitreduzierungen sich mit den Anschauungen der Arbeitgeber nicht deckte. Ferner verlusteten auch einige Arbeitgeber Lohnreduzierungen vorzunehmen, die uns zu einzelnen Abwehrkämpfen zwangen. Groß war die Zahl der Lohnbewegungen, die notwendig, um der Preissteigerung für sämtliche Bedarfsartikel begegnen zu können. An Lohnbewegungen wurden 70 in 492 Betrieben mit 6574 Beschäftigten geführt. Ferner fanden zwei Abwehrbewegungen in 27 Betrieben mit 244 Beschäftigten statt. Zu verzeichnen waren drei Streiks und zwar die Kohlenplazarbeiter, Kohlenfuhrer, Eisenbahnarbeiter, Lastfahrgarbeiter und der Solidaritätsstreik der Hafenarbeiter im Interesse der Arbeiter, deren Forderungen keine Anerkennung finden konnten. Die Lohnbewegungen erstreckten sich auf 27 Berufsgruppen. Die Hafenarbeiter hatten vier Lohnbewegungen und konnten ihre Forderungen um das Doppelte erhöhen. Die Kohlenplazarbeiter und Kohlenfuhrer konnten in vier Lohnbewegungen ihren Wochenlohn auf 883 resp. 898 Mk. erhöhen, nebenbei eine Verbesserung der Nebenpositionen erreichen. Die Schiffsfuhrer, in der Mehrzahl jugendliche Arbeiter, erreichten durch zwei Lohnbewegungen im Stundenlohn 2,40 Mk. und ein Schutzgeld von 12 Prozent, sowie eine bessere Bezahlung der Vätererkrankung. Die Schiffspassagiere erreichten durch eine Lohnbewegung für Reinklagen und Anstehen pro Stunde 6,20 Mk., Heilfischer 6,50 Mk. und Erhöhung der Nebenarbeiten. Den Seemannsleuten gelang es durch vier Lohnbewegungen ihren Tageslohn auf 58 Mk. aufzubessern. Außerdem erreichten dieselben eine prozentuale Erhöhung auf 98 Akkordpositionen und auf 48 Akkordpositionen für Umschlags- und Expeditionsarbeiten. Die Kohlenaffordarbeiter haben ihre Akkordhöhe (54 Positionen) prozentual analog den Seemannsleuten erhöhen können. Kohlenplazarbeiter, Kohlenfuhrer und Eisenbahnarbeiter haben durch zwei Lohnbewegungen für Plazarbeiter einen Wochenlohn von 285 Mk., Fuhrer von 280 Mk. und Eisenbahnarbeiter 260 Mk. Lastfahrgarbeiter hatten fünf Lohnbewegungen, wovon eine zum Streik führte. Dieselben brachten denselben einen Stundenlohn von 5,25 Mk. und außerdem pro Tag 2 Mk. für die Frau und für jedes Kind 1 Mk. Am 16. Februar 1921 erhöhte sich der Stundenlohn auf 5,40 Mk. Die beim Abholen beschäftigten Arbeiter haben durch zwei Lohnbewegungen erreichen können, daß sie pro Festmeter 26 Mk. und freie Bahnfahrt erhielten. Die Fuhrer (Schiffsfuhrer, Maschinenisten, Donkelen, Schützen und Deckleute) haben drei Lohnbewegungen geführt. Die Verbesserungen betragen bis zu 800 Mk. pro Woche. Auch fanden Aufschläge auf die Nebenarbeiten statt. Dasselbe trifft auch auf die Firma Lübeck & Slang (Abteilung Mühlsteinfabrik) zu, welche ebenfalls drei Lohnbewegungen führten. Auf 25 Akkordpositionen erreichten durch zwei Lohnbewegungen Erhöhung bis zu 100 Prozent die Sand- und Steinschiffer der Firmen Sühr, Stallbaum und Stihl. Auch hier fand ein Streik für einige Tage statt. Die Koll- und Blockungsfuhrer brachten ihren minimalen Wochenlohn durch vier Lohnbewegungen auf 250 Mk., ebenfalls die Akkordpositionen durch drei Lohn-

Bewegungen. Der Lohnbewegungen führten die Beschäftigten und Kaufmannsarbeiter. Dieselben erreichten für die Lagerarbeiter 245 Mk., Köfelerarbeiter 252 Mk. und für die Aufschlag 265 Mk. pro Woche. Nach diesen Sätzen geschah auch die Beschäftigung der Arbeiter im Lübecker Konsumverein. Die Löhne in der Konsumvereinskassabank, die ebenfalls Lohnbewegungen zu verzeichnen hatte, gestiegen sich etwas höher. Da in diesem Beruf bei Arbeitgeberorganisation besteht, so waren recht viele Differenzen zu erledigen, um die Arbeitgeber zur Anerkennung dieser Sätze zu veranlassen. Dasselbe trifft auch auf die Kategorie der Hausdiener und Reinmacherfrauen zu. Diese hatten drei Lohnbewegungen und konnten die Löhne um ein bedeutendes ausbessern. Hier hat im Geschäftsjahre die Gründung des Verbandes der Kleinhändlervereine stattgefunden und wurde der Tarif und die Nachträge auf Antrag beiderseits vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt. Für die Kraftwagenfuhrer, Automobilmonteur, Reparaturkasseler, Mechaniker, Fuhrer, Fuhrer und Kautankengelaner es durch Abschluß von zwei Tarifen mit der im Reichsjahre gegründeten Arbeitgeberorganisation bedeutende Verbesserungen zu erzielen. Dieser Gruppe haben sich auch die Arbeiter und Hilfsmonteur der Flugverkehrsgesellschaften angeschlossen. Schwierig gestalteten sich vier Lohnbewegungen für die Arbeiter der Woch- und Schließgesellschaft. Hier sind größtenteils alte und invalide Kollegen beschäftigt und da die Abmonente schwer zu bewegen waren, Erhöhungen der Abmonente erstreben zu lassen, so konnten nur Wochenlöhne von 150 bis 155 Mk. erzielt werden. Die bei dem „Lübecker Volksboten“ und der „Lübecker General-Anzeiger“ beschäftigten Außerordentlichen erreichten durch vier Lohnbewegungen für sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Ein Versuch, den Verein der Zeitungserbeiter zu Tarifkontrakt zu bekommen, scheiterte an der Ineffizienz der Außerordentlichen bei den „Lübeckischen Anzeigen“. Die Preissteigerung erreichten durch vier Lohnbewegungen Wochenlöhne von 200 bis 260 Mk. Die Löhne richten sich nach der Beschäftigungsdauer, nach dem Alter und der Erfahrung. Überstunden werden mit 50 Prozent, Sonn- und Feiertagsarbeit mit 100 Prozent Aufschlag bezahlt. Die bei der Lübecker Straßenbahn Beschäftigten haben durch vier Lohnbewegungen erreicht, daß die Fuhrer pro Monat 1000 Mk. für verarbeitete, 1060 Mk. für ledige erhalten, Schaffner 1040 resp. 1030 Mk., Streckenarbeiter pro Kalendertag 27 Mk. Für Werkstätten, Gleisbau, Oberleitungsarbeiter werden Löhne von 3,55 bis 5,35 Mk. pro Stunde bezahlt, nachdem, ob gelernt, angelehrt, ungelehrt oder jugendliche Frauen erhalten pro Stunde 2,45 Mk., außerdem werden Kinderzulagen für sämtliche Kategorien von 0,80 Mk. pro Woche resp. 41,60 Mk. pro Monat bezahlt. Für Postaussteller und Postausstellern wurden durch Eingaben an die Oberpostdirektion und das Reichspostministerium bessere Bezahlung, Erhöhung der Teuerungszulage und Kinderzulagen erzielt.

Trotz der Gegenaktion des Seemannsbundes kam auch unter den Seeleuten die Erkenntnis, daß nur eine Generalorganisation, wie die unsrige, in die Lage sei, ihre Interessen wirksam vertreten zu können. Die Zahl der in Lübeck zahlenden Mitglieder betrug 302. Mündliche Vertretungen mit den hiesigen Reedereien fanden 21 statt, mit Kapitänen auswärtiger Reedereien 52. Das Tarif-Schiedsgericht wurde in drei Fällen anrufen. Bei den Vertretungen handelte es sich um Nachzahlungen von Monatsgehältern, Bezahlung der Überstunden, Auszahlung von 5 Prozent Vergütung von Reisezeit, Freistellung von Zeit zum Nachschlaf machen in der Arbeitszeit und Regelung der Arbeitszeit auf See. Sitzungen mit den Behörden bezw. mit dem Arbeitsamt wurden acht benötigt. Beschwerden wurden über den hiesigen Seemannsamt geführt. In den Sitzungen mit dem Arbeitsamt wurde über die Angelegenheit der hiesigen Feuerstelle an der südlichen Arbeitsnachweis verhandelt und die Belegung der hiesigen im Hafen liegenden Schiffe mit auswärtigen Seeleuten.

Die Entwicklung der Verwaltungsstelle war eine sehr gute und wurde eine Mitgliederzahl von 5265 erzielt. An Differenzen waren 812 Fälle in 141 Betrieben mit 3185 Beschäftigten zu verzeichnen. Außer diesen waren wichtige Differenzen zu erledigen, die sich auf die Regelung des Bauamtes, bezw. Entschädigung der Plazarbeiter durch städtische Arbeiter, Antrag des Hafenarbeiterverbandes auf Errichtung eines Arbeitsnachweises für die Hafenarbeiter bezogen. Beide Sachen konnten abgewehrt werden. Die Entschädigung des Hafenbetriebsrats fand noch keine Entscheidung, da die Arbeitgeber die Entschädigung mit der Errichtung des Arbeitsnachweises verbinden wollten. Der eingeleitete Protest gegen die Bezahlung der Röhre durch Schiffer hatte Erfolg. Ebenfalls fand ihre Regelung die Bearbeitung der Schiffe, die zur Verbesserung von Arbeitsmaterial und Munition dienen. Der seit Jahren gestellte Antrag auf Errichtung einer selbständigen Hafeninspektion zum Schutze für Leben und Gesundheit der im Hafen beschäftigten Arbeiter fand endlich im Berichtsjahre zu Gunsten der Beteiligten ihre Erledigung. Mündliche Auskünfte in Arbeiterversicherungs- und Rechtsfragen wurden 114 erteilt. An Gremienberichterstattungen wurden 17 geführt. Betreffs Initiation wurden 178 Anstellungen und 57 Sitzungen abgehalten. Die Klassenverhältnisse gestalteten sich sehr günstig: die Einnahme betrug 515 887 Mk., die Ausgabe 152 708 Mk.

Gegen die Verpachtung der Fahradbahnstellen sind uns verschiedene Zuschriften gelangt worden. Auch ein Artikel in den „Lübeckischen Blättern“ der uns zur Verfügung gestellt wurde, beschäftigt sich damit. Wir entnehmen ihm folgenden

Geld...

Gedichte von Hans Sipppey.

Sonnabend - Lobtag. Gleich schwarzen Giganten streben die Silhouetten der Krone und Fabrikdome der großen Schiffswerft in den dämmernen Tag hinein. Robert Kollner vertritt die zehn neuen Zwanzigmarkstücke in seiner schweißigen Arbeitsjacke und verbringt die häßlich im Kaufhaus. Zweihundert Mark - ein Wochenlohn. Robert Kollner reichte sich und trat durch die grauen Steinquadern des Werttores auf die Straße. Noch Klang in seinen Ohren das Stampfen der Maschinen - das gelinde Pfeifen der Dampfströme. Eintrugung Möbel, mit Körben an den Armen - Frauen, denen das Kriegselend den Hungerkampf auf die verzerrten Gesichter gedrückt hatte, stützten im Schatten der Steinquadern, wartend auf den Vater, den Mann. Sonnabend - Lobtag. Robert Kollner, der junge zwanzigjährige Schloßer dachte daran, als seine Mutter noch lebte und lebhaftig auf den Wochenlohn des Bettes wartete, aber hungrige Mäuler gäht es zu rasen, da blüht wenig für ihn. Was war da Freiheit, Feiertag? Schon schlich er demals durch die Gassen - Reih' Mäuler auf lautlos schweigende Mäuler. In seine junge Seele pflanzte sich das Wort: Proletariat. Niemand, Licht, Sonne, Regen - oft klang er nachts im Traum wie ein Geflügel. Schemenhaft glitzerten Kriegs- und Revolutionsbilder an dem gelben Wände des jungen Arbeiters nachher. Jetzt stand er allein. Schön war doch das Leben. Zweihundert Mark dachte er - und schritt wie ein Sieger. Abends überredete ihn ein Kamerad zum Besuch eines neuen Cafes.

Und dann sah er im behaglich erwärmten Raum, lodende Wasserflüge umgebenen ihn: Gleich anderen Mäulerte er zerkratzt in Zeitkräften - musterte er die Anwesenden. Ja - war er denn zufrieden? In keiner Seele erhob sich ein Aufbruch der Gemüter. Etwas rief sich los wie Haß... Dies ist nicht unsere Welt, hier gehören wir nicht her. unterbrach er seinen Kameraden in der Unterhaltung mit einem Raubwort. Dumm blühte ihn der an und kräufelte den Zigarettenrauch zu kunstvollen Ringen. Etel würgte Robert Kollner empor: Ich habe trotz meines Geldes mit allen diesen hier nichts gemein. Sie haben keine Sehnsucht. Über ich... ich habe eine große flammende Sehnsucht: Mensch sein. Die aber hier haben nur das Verlangen: Reichtum und Genuß. Ich habe Bruderliebe, liebe Menschen. Robert Kollner zahlte und ging. Auf der Straße griff er ein Mädchen auf mit gekämmten Ringen und Kokottenlöden. Wie Feuer brannte plötzlich das Geld in seiner Tasche. Es löst sich in das Verderben, flüsterle eine innere Stimme. In ihm geht alles zugrunde, was gut in dir ist. Ventol zog er sie mit sich fort - da sah er ein traurig erkranktes Mädchen und beschämte sich er so los. Hastig sagte sie: Es ist heute mein Geburtstag. Robert Kollner sah sie an. Lange. Still. Dann drückte er ihr leicht die Hand. Der Sinn eines Lebens ging in ihm auf. Er zog einen Zwanzigmarkstücken aus der Tasche und gab ihn ihr. Schmerzhaft verzerrte sich plötzlich ihr Antlitz. Er suchte ihre Hand und drehte sie. Da anging er ihren Schritten fort und hatte das Gefühl, etwas Kostbares verloren zu haben. Robert Kollner trug eine quälende Verzweiflung in sich. Woher mein Lebensschicksal? In dem goldenen und doch so ekelhaften Glanz des zufriedenen, lachenden, wohlgefügten Lebens darf ich nicht leben; wohl reizt es mich, vornehmer Herrscher durch Geldmacht zu sein. Aber dies ist nicht das wahre Leben. Meins Sehnsucht geht in... Innerlich will ich über die Güter dieser Welt hinaus - nichts als den Menschen lebend, fröhlich und gut.

Und wenn ich hungrig und armelig irgendwo verkomme, als einzigen Beiß nur meine starke, gute Seele in dieses herrliche Wissen von einer besseren Welt, von einem erhabeneren Geist, als das Geld, Glück und der Geschäftsgeld ist, dann bin ich immer noch unendlich reich als die, die um das goldene Kalb tanzen. Höheres gibt es zu verwirklichen... Zähne zusammengebissen und Tröh gepannt... Der junge Arbeiter schritt durch das abendliche Menschenmüll, strafgefreit... befreit...

Märzsonnenschein.

Wie doch ein blühen Sonnenschein Die Welt so froh und freundlich macht! Die düstern Vorstadthäuserlein Glänzen und kennen sich selber kaum. Die Knospen blühen an jedem Baum, Und alles lebt und alles lacht! Wie doch ein blühen Sonnenschein Der Gasse gibt ein hell Gesicht! Die Kinder brechen sich im Tanz; Arbeiterlinder, lachmal und Lach, Und singen - singen ohn' Unterlaß! Und stehen umsonnt vom Frühlingslicht! Wie wohl ein blühen Sonne taut! Die milden Frauen lächeln so kind Und sind voll Hoffnung, sind frohgemut! Ist wirklich das Leben so schwer und so arm? Und eine Mutter, ihr Kind auf dem Arm, Sehnt an der Hausuhr und träumt und kramt... Rudwin Deffen.

Ausgang: Mit Erkennen wird unsere Bevölkerung die Ausbreitung der Finanzbehörde für die Verpachtung der Badeanstalten...

Reich und Ausland. Kaiser-Bismarck in der Umgegend Berlins. Eine drei-... Die Kaiserin in der Umgegend Berlins. Eine drei-...

von auf Baugeld, Inventar und Umbauten 126 707,27 M., für Zuwendungen an die Hauptstelle und Sonderleistungen...

Devisen-Kurse. Hamburg, 12. März. Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse. Holland 100 fl. 2182 1/2, 11. März 2192 1/2...

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen. Dampfer Segler Schiffsname Kapitän Herkunftsort Fahrzeit Tage Std. Angelkommen am 12. März 1921...

Sprechsaal. (Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Die Erziehung unserer Jugend. Mit Bezug auf das Eingeladene in den Lübeckischen Anzeiger: Grober Unfug der Schuljugend...

Milchige und schädliche Insekten. Am Dienstag hielt Herr M. Blohm im Verein für volkstümliche Naturkunde...

Handel und Industrie. Bank für Handel und Gewerbe, a. S. u. K. in Lübeck. Der Nettogewinn für 1921 beträgt nach Abzug...

Briefkasten. A. M. Altersrenten und Invalidenrenten gehören auf Grund des § 5 des Einkommensteuergesetzes...

Nach kurzer schwerer Krankheit entschlief sanft am Sonntag morgen mein lieber Mann, unser guter Vater...

Chorverein Lübeck. Am Sonntag morgen entschlief unser langjähriger Mitglied der Chorverein...

Herr sucht möbliertes Zimmer zu sofort. (14802) Angebots unter M C an die Geschäftsstelle des Blattes.

Dankagung. Allen, die unserer lieben Entschlafenen das letzte Geleit gaben, den vielen Kranzpendern...

Vorwärts-Almanach für 1921 mit zahlreichen Kupfertiefdruckabbildungen. Preis 4.- Mark.

Gesucht zum 1. April od. 1. Mai ein jung. Mädchen Frau Groth, Bad Schwartau, Guttner Bahnhof (14878)

Frisch geräucherter Dorisch-Rogen pr. Pfd. 2.50 Mk. Fett-Büdinge, Mayonnaise-Salat...

Eimerbier jeden Dienstag (14875) Hermann Stamer. Kleine Umzüge für Möbeln werden ausgeführt von W. Pfensig...

Verbraucherverein für Lübeck u. Umgegend. Warengabestelle Königstr. 111. Ein Posten Konfirmandenstiefel für Mädchen eingetroffen. Preis 90.00 Mark.

Der entzückende, so überaus kleidsame Frühjahrs Hut

den Sie vor kurzem in unserem Schau-
fenster bewunderten, war in unserem
Atelier gefertigt und die Preiswürdig-
keit dieses Hutes wird Sie verblüffen,

liegt doch der Wert eines Damenhutes nicht immer in der
Kostbarkeit des verwendeten Materials. Oft bringen einfache
Formen und Garnituren — sorgsam zum Oval des Kopfes
gewählt und mit feinem Empfinden zur Farbe des Teints, zum
Ton des Haares abgestimmt — unerwartete Wirkungen. —

Hierin liegt das Geheimnis unserer ersten Modistinnen!

Versäumen Sie darum auf keinen Fall, unsere Putz-Abteilung zu
besuchen. Mit größtem Entgegenkommen wird man Sie bedienen,
sachgemäß Ihnen raten und leicht werden Sie das Richtige finden.

Holstenhaus

Lübeck

Was ist
Thermidor

Der
Betriebsobmann
im Kleinbetriebe.

Von Rudolf Weck.
Preis Mk. 2.50.

Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Sozialdemokratischer
Berein Lübeck.
II. Distrikt.

Mittwoch, den 16. März
abends 7 1/2 Uhr

Mitglieder-Versammlung
im Lokale von Lexau,
Fünfhäuser.

Tagesordnung:

1. Finanzabend und die
Banken. Redner: Par-
teisekretär Gen. Weiß.
2. Aussprache.
3. Bericht des
Der Distriktsführer
E. Rose.

14879

Gledermanns
8.30 Uhr:
Original
Alhoff Quartett.

Deutscher
Transportarb.-Verb.
Ortsverwaltung Lübeck.

Sektions-
Versammlung
der

Hausdiener, Fenster-
putzer,

Austrägerinnen und
Reinmachefrauen

am Dienstag, dem 15. März
abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
Innere Verbands-
angelegenheiten.

14886) Die Ortsverwaltung.

 **Chorverein
Lübeck.**

Dienstag, 15. März
abends 8 Uhr

Sängerversammlung
bei F. Lendor, Haudestr. 41.

Freitag, 18. März:
Gesangsstunde

für Männerchor 7 1/2 Uhr
Damenchor 8 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Aufnahmen finden in der
Gesangsstunde statt.
14886) Der Vorstand.

Elegante u.
Einfache Herren-, Schlaf-, Wohn- u. Speisezimmer,
Kleinföbel u. Kücheneinrichtungen, Spezialität Korbmöbel
Solide Arbeit. Billige Preise. Prompte Lieferung.

Möbelhaus de Buhr
Lübeck, Fischstraße 21. (14908) Teleph. 3278. 2368.

Zentralhallen
Morgen Dienstag:
Gr. Tanzkränzchen.
14891)

Rechnungs-Formulare
fertigt prompt an
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.


Täglich:
**5-Uhr-
Tee**
Dezente Musik.
Abends 8 Uhr:
**Künstler-
Konzert**
(14880)

Neu-Gröfßnung.

Den geehrten Bewohnern von Lübeck zur gefl. Kenntnis, daß die

Rammer-Lichtspiele

Königstraße 25

Königstraße 25

am Sonnabend, dem 19. d. M.

neu eröffnet werden.

Das Theater ist neu renoviert und genügt jetzt unfehlbar den ver-
wöhntesten Ansprüchen. Im Gegensatz zu früher hat es den Vorzug, daß
nur **einwandfreie, künstlerische, fadellose Vorführungen** —
von allererstler fachmännischer Hand geleitet — geboten werden, somit die
Bilder in jeder Hinsicht nur erstklassig sind.

Älternneueste, spannendste und sensationellste Films, — das
Beste, was der in- und ausländische Filmmarkt zu bieten vermag — dem
Publikum zu zeigen, ist unsere Aufgabe. (14884)

Um geneigten Zuspruch bitten

Die Direktion.

Wir bitten die nächsten Kunden u. Publikumsliebe aufmerksam zu verfolgen.

Hansa-Theater
Heute und Mittwoch 7 1/2 Uhr:
(Ab. Serie I). (14869)

Die Faschingstee.

Dienstag 7 Uhr (Ab. Serie I)
Auf vielseitigen Wunsch:
Das Geständnis.
Sensationsdrama
in 7 Bildern.

Stadttheater Lübeck.

Montag, Volkst. Konzert. 7.30
Dienstag, Väst. A u. 15.
Vorst. i. Schausp. Abonn.
Pygmalion. 7.30. (14885)
Mittwoch, Väst. B. u. 15.
Vorst. i. Opera-Abonnement.
Der Waffenschmied. 7.30.

Rammer-Spiele.
(Fünfhäuser)
Mittwoch. Flamme. 7.30.

Was ist
Thermidor
(14881)